

Türkei

Länderinformationen zu den Europäischen
Kriterien für Waffenexporte



INHALT

ZUSAMMENFASSUNG	2
------------------------	----------

Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor	5
Deutsche Rüstungsexporte	5
Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland	12
Militärausgaben	15
Lokale Rüstungsindustrie	16
Streitkräftestruktur	18
Bewaffnung der Streitkräfte	20
Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft	25
Polizei und andere Sicherheitskräfte	27

Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts	29
Einhaltung internationaler Verpflichtungen	29
Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	31
Innere Lage im Empfängerland	35
Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	37
Bedrohung von Alliierten	41
Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	42
Unerlaubte Wiederausfuhr	44
Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes	45

ZUSAMMENFASSUNG

Informationen zum Sicherheitssektor

Die breit aufgestellte türkische Rüstungsindustrie besteht aus ca. 100 Kernunternehmen. An rund einem Fünftel davon ist der türkische Staat mindestens beteiligt – viele Unternehmen sind vollständig staatlich. Die Türkei ist weltweit auf dem 22. Platz der Waffenimporteure und inzwischen elftgrößter Waffenexporteur. Wichtigste Rüstungsgüterlieferanten sind Spanien, Italien, Deutschland, die USA und derzeit noch Russland (nur noch 4 % der Lieferungen). Die Türkei ist auch immer wieder Abnehmer größerer Mengen deutscher Rüstungsgüter und Großwaffensystemen. Neben der Lieferung von Schiffen und Schiffsteilen für die türkische Marine umfassten diese in der Vergangenheit insbesondere größere Panzerlieferungen.

Seit Ende 2016 verfolgt die deutsche Bundesregierung eine, eigenen Aussagen zufolge, restriktivere Genehmigungspolitik. Als Gründe wurden die sich verschlechternde Menschenrechtslage nach dem Putschversuch, der sich erneut zuspitzende kurdische Konflikt sowie die Befürchtung genannt, dass die Rüstungsgüter für Repressionen innerhalb der Türkei genutzt werden könnten. Trotzdem werden weiterhin Rüstungsexporte an die Türkei genehmigt – jährlich mindestens in Millionenhöhe. Einige Ausfuhren werden aber auch abgelehnt.

Die gesellschaftliche Rolle des Militärs erlebt seit Beginn der Regierungszeit der Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (Adalet ve Kalkınma Partisi; AKP) 2002 einen Wandel. Das Militär sah sich seit der Gründung der türkischen Republik 1923 stets als Wächter des Erbes des Staatsgründers Kemal Atatürk und putschte deshalb dreimal erfolgreich gegen die Regierung (1960, 1971 und 1980). Seit 2003 jedoch wurden die Befugnisse des Militärs schrittweise beschränkt und hohe Positionen innerhalb der Streitkräfte im Laufe der Zeit durch regierungsnahe Persönlichkeiten ersetzt. Diese Politik hat sich seit dem gescheiterten Putschversuch im Juli 2016, nach dem 29. 444 Militärangehörige aus den türkischen Streitkräften, der Gendarmerie und der Küstenwache entlassen wurden, noch einmal verstärkt. Die Einschränkung der Macht des Militärs wurde in der Bevölkerung und der Politik zum Teil sehr begrüßt.

Die türkische Polizei ist dem Innenministerium untergeordnet und weist eine stark zentralisierte Struktur auf. Durch die polizeiliche Rechenschaftspflicht gegenüber dem Innenministerium untersteht sie der Kontrolle der jeweiligen Regierungspartei. Bei regierungskritischen Demonstrationen ist die Polizei in den letzten Jahren vermehrt gewaltsam gegen Demonstrierende vorgegangen. Wechselnde Regierungen versuchten, mittels Stärkung der Polizei die eigene Macht gegenüber dem Militär auszubauen. Dies gelang allerdings erst teilweise seit der zunehmenden Machteinschränkung des Militärs unter der Regierung von Recep Tayyip Erdoğan. Nach Ermittlungen der Polizei wegen Korruption und Geldwäsche gegen ranghohe AKP-Funktionäre 2013, insbesondere aber seit dem gescheiterten Putschversuch vom Juli 2016, wurden massenhaft Polizist:innen entlassen.

Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Die Türkei ist vielen zentralen Abrüstungsverträgen beigetreten, jedoch nicht dem Übereinkommen über Streumunition von 2010. Das Land behält sich weiterhin das Recht zur Herstellung im Kriegsfall vor. Obwohl die Türkei allen UN-Menschenrechtsabkommen beigetreten ist, werden diese in vielen Fällen nicht eingehalten. Die Menschenrechtslage der Türkei ist derzeit äußerst problematisch, insbesondere hinsichtlich der politischen Bürgerrechte. Dies resultiert aus einer ganzen Reihe von Entwicklungen in den vergangenen Jahren, wie der Verhängung des Ausnahmezustandes nach dem gescheiterten Putschversuch am 15. Juli 2016. Infolgedessen ist eine zunehmende Missachtung der Presse- und Meinungsfreiheit ebenso wie die Diskriminierung der kurdischen Bevölkerung und Gülenisten zu verzeichnen – gegen 622.646 Personen wurde ermittelt, 301.932 wurden festgenommen und 96.000 weitere wurden inhaftiert, mehr als 130.000 Beamte wurden aus dem Dienst entfernt. Diskriminierung der kurdischen Bevölkerung war bereits seit einigen Jahren und insbesondere nach der Beendigung des Friedensprozesses mit der Arbeiterpartei Kurdistans (Partiya Karkerên Kurdistanê; PKK) im Juli 2015 zu beobachten. In letzter Zeit wurden zudem auf Grundlage des sehr weit gefassten Anti-Terrorismus-Gesetzes zahlreiche Bürger:innen verhaftet. Der Konflikt mit den Kurd:innen forderte in den letzten 30 Jahren ca. 40.000 Todesopfer. Im Zeitraum 2009 bis 2011 wurde unter Erdoğan zunächst eine „kurdische Öffnung“ begonnen. Doch der 2013 eingeleitete offizielle Friedensprozess wurde 2015 erfolglos für beendet erklärt. Seither flog die türkische Luftwaffe wiederholt Angriffe auf mutmaßliche Stellungen der PKK, die ihrerseits für Terroranschläge im Land verantwortlich ist. Im Osten und Südosten der Türkei kommt es seither immer wieder zu kriegesischen Auseinandersetzungen.

Die politische Situation in der Region ist erheblich angespannt. Mit Syrien und dem Irak grenzt die Türkei im Süden an zwei Länder, in denen seit mehreren Jahren Krieg herrscht. Durch die geographische Nähe ist die Türkei stark von den gewaltsamen Konflikten in diesen beiden Ländern betroffen und auch aktiv in die Kriegseignisse involviert. So unterstützt die Türkei beispielsweise oppositionelle Gruppen im Kampf gegen Assad, kämpft aber auch gegen kurdische Gruppen in Syrien, um deren Einfluss und Autonomiebestrebungen zurückzudrängen. Im Dezember 2024 stürzte ein Zusammenschluss von Rebell:innen das Regime Assad. Was nun auf die 50 Jahre lange Dynastie der Familie Assad folgt, bleibt abzuwarten. Im September 2015 überquerten erstmals seit 2011 wieder türkische Bodentruppen die Grenze zum Irak, um gegen die PKK vorzugehen. Die türkische Regierung pflegt zwar gute und für die Türkei bedeutende ökonomische Beziehungen zur kurdischen Regionalregierung (KRG), insbesondere zur einflussreichen PDK (Partiya Demokrata Kurdistanê, deutsch: Demokratische Partei Kurdistans) und dem seit 10. Juni 2019 amtierenden Präsidenten Nechirvan Barzani. Die Unabhängigkeitsbestrebungen der nordirakischen Kurd:innen lehnt die Türkei jedoch strikt ab.

Die Türkei ist mittlerweile die elftgrößte Wirtschaft weltweit (in International Dollar) und zählt mit einem Pro-Kopf-Bruttonationaleinkommen von 11.650 US-Dollar zu den „upper-middle income countries“. Die Wirtschaft erweist sich – trotz einer seit einigen Jahren andauernden Wirtschaftskrise – als mittelmäßig diversifiziert, mittelmäßig wettbewerbsfähig und auch als relativ resilient. Die Covid-19 Pandemie konnte bspw. einigermaßen gut überstanden werden. Die Auslandsverschuldung ist unbedenklich. Die menschliche Entwicklung ist mit einem HDI-Wert von 0,855 sehr hoch, was sich entsprechend in sozioökonomischen Kennziffern widerspiegelt. Arbeitslosigkeit ist allerdings ein großes Problem und auch im Hinblick auf einige weitere SDG-Indikatoren bestehen weiterhin Herausforderungen.

Dennoch kann die Türkei auch einige Erfolge diesbezüglich aufweisen. Bedenklich ist auch die große Ungleichheit bzgl. der Einkommensverteilung. Trotz einiger wirtschaftlicher Risikofaktoren und der andauernden Krise sowie einer starken Militarisierung, ist die Gefahr, dass überhöhte militärische Kapazitäten oder Ausgaben die Entwicklung nachhaltig beeinträchtigen, derzeit nicht zu erkennen.

Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor

Deutsche Rüstungsexporte

Tabelle 1

Deutsche Rüstungsexporte nach Außenwirtschaftsgesetz, 1999-2023 (in Millionen Euro)

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes ¹	Gesamtwert
1999	Marinetechnik: 98%	976,15
2000	Teile für Kampfschiffe: 61,4% Herstellungsausrüstung für Rüstungsgüter: 18,6% Teile für Luftfahrzeuge: 9%	260,81
2001	Nebelwurfkörper, Lenkflugkörper, Abfeurereinheiten für Lenkflugkörper, Teile für Minenräumgeräte und Lenkflugkörper: 63,7% Teile für Panzer, gepanzerte Fahrzeuge und andere Fahrzeuge: 29,7%	167,34
2002	Nebelwurfkörper, Übungswurfkörper, Abschusseinrichtung für Flugkörper, Teile für Torpedos, Flugkörper, Startplattform und Seeminen-Räumgeräte: 39,7% Wärmebildgeräte, Teile für Wärmebildgeräte und Bildverstärkerausrüstungen: 19,9% Feuerleiteinrichtungen, Bordwaffen-Steuersysteme, Laserentfernungsmesser, Prüf- und Justierausrüstungen, Teile für Feuerleiteinrichtungen, Bordwaffen-Steuersysteme und Feuerleitsysteme: 18% Anzeigeegeräte, Navigationssysteme, Datenverarbeitungssysteme, Mess- und Prüfausrüstungen, Bauelemente und Baugruppen, Teile für Kommunikationssysteme, Radarsysteme und Stromversorgungen: 5,7%	123,99
2003	Patrouillenboot und Teile für Fregatten, U-Boote, Schnellboote, Minenräumboote, Patrouillenboote, Waffeneinsatzsysteme, Unterwasserortungsgeräte, Lenk- und Navigationsausrüstung: 47,5% Teile für Panzer, gepanzerte Fahrzeuge und Landfahrzeuge: 34,7% Elektronische Ausrüstung, Kommunikationsausrüstung, Datenverarbeitungsausrüstung, elektronische Baugruppen und Teile für Kommunikationsausrüstung, Ortungs- und Navigationsausrüstung, Datenverarbeitungsausrüstung, Stromversorgungen: 6,7%	440,3
2004	Torpedos, Minenräumgeräte und Teile für Torpedos, Flugkörper, Minenräumgeräte: 54,4% Zerstörer (zum Verschrotten) und Teile für U-Boote, Fregatten, Patrouillenboote, Kampfschiffe, Echolotanlagen, Lenk- und Navigationsausrüstung: 15,1% Bordwaffen für Minenjagdboote und Teile für Kanone: 8,2% Panzerplatten, Militärische Helme und Teile für Schutzwesten: 5,3%	72,76

¹ Für NATO-Mitglieder veröffentlicht die Bundesregierung in ihrem jährlichen Rüstungsexportbericht keine aufgeschlüsselten Informationen zu den jeweiligen Rüstungsgütern; es sei denn, das betreffende Land ist unter den 20 wichtigsten Bestimmungsländern des Jahres. Bei der Türkei ist dies meist der Fall. Ausnahmen stellen die Jahre 2009, 2015 und 2017 bis 2023 dar. Für diese Jahre ist deshalb keine Aufschlüsselung der Güter in Prozent des Gesamtwertes möglich.

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes ¹	Gesamtwert
	Elektronische Ausrüstung, Wendekreisler, Datenverarbeitungssysteme, Mess- und Prüfausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung, Ortungs- und Navigationsausrüstung, Stromversorgung: 4,4%	
2005	Geländewagen und Teile für Panzer, gepanzerte Fahrzeuge, LKW: 73,7% Teile für U-Boote, Patrouillenboote, Minenjagdboote und Echolotanlagen: 15,5%	213,09
2006	Panzer und Teile für Panzer, gepanzerte Fahrzeuge, Landfahrzeuge: 62,7% Munition für Gewehre, Jagdwaffen, Sportwaffen, Revolver, Pistolen, Kanonen, Scheinzielpatronen und Munitionsteile für Gewehre, Revolver, Pistolen, Kanonen: 14,9% Feuerleiteinrichtungen, Bordwaffen-Steuersysteme, Prüf- und Justierausrüstung und Teile für Feuerleiteinrichtungen, Waffenzielgeräte, Bordwaffen-Steuersysteme, Zielüberwachungssysteme: 6,6%	311,73
2007	Artillerie-Ortungsradar, Prüfausrüstung, Justierausrüstung und Teile für Feuerleiteinrichtungen, Waffenzielgeräte, Bordwaffen-Steuersysteme: 41,6% LKW und Teile für Panzer, gepanzerte Fahrzeuge, Landfahrzeuge: 24,4% Kommunikationsausrüstung, EloKa - Ausrüstung, Datenverarbeitungsausrüstung und Teile für elektronische Ausrüstung, Kommunikationsausrüstung, Navigationsausrüstung, Radarsysteme, EloKa -Ausrüstung, Messausrüstung, Stromversorgungen: 9,5% Prüfstand für Kettenfahrzeuggetriebe, Bordwerkzeuge, Sonderwerkzeuge, Herstellungsausrüstung für Kleinkalibermunition, Messgeräte, Kathoden, Klimakammern und Teile für Prüfstände, Pressen: 7,2%	121,34
2008	LKW und Teile für Panzer, gepanzerte Fahrzeuge, amphibische Fahrzeuge, Landfahrzeuge: 44,5% Kommunikationsausrüstung, Flugvermessungssysteme, Datenverarbeitungsausrüstung, Mess- und Prüfausrüstung und Teile für elektronische Ausrüstung, Kommunikationsausrüstung, Ortungs- und Navigationsausrüstung, Lenkausrüstung, Stromversorgungen: 12,1% Munition für Gewehre, Jagdwaffen, Sportwaffen Revolver, Pistolen, Haubitzen, Scheinzielpatronen und Teile für Revolvermunition, Pistolenmunition, Kanonenmunition: 9,1% Zieldarstellungsgeräte, Abfeuergerät für Simulator, Übungszünder, Übungssprengschneider und Teile für Simulatoren, Ausbildungsgeräte: 6,7% Versorger (zur Verschrottung) und Teile für U-Boote, Küstenwachboot, Kampfschiffe, Navigationsausrüstung, Echolotanlagen: 6% Pyrotechnische Munition, Simulatoren, Seeminenvernichtungssysteme und Teile für Abfeueereinrichtungen, Seeminenvernichtungssysteme: 4,9%	43,69
2009	Keine Aufschlüsselung der Güter in Prozent des Gesamtwertes möglich.	45,58
2010	Panzer, Brückenlegepanzer, LKW, Feuerwehrwagen und Teile für Panzer, gepanzerte Fahrzeuge, Landfahrzeuge: 78,8% Abfeueereinrichtungen und Teile für Flugkörper, Flugkörperabwehrsysteme, Abfeueereinrichtungen: 6%	198,97
2011	LKW und Teile für Panzer, gepanzerte Fahrzeuge, amphibische Fahrzeuge, Landfahrzeuge: 25,6% Flugkörper und Teile für Torpedos, Flugkörper, Flugkörperabwehrsysteme: 25,5% Feuerleiteinrichtungen, Waffenzielgeräte, Zielentfernungsmesssysteme,	139,55

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes ¹	Gesamtwert
	Prüfgeräte und Teile für Feuerleiteinrichtungen, Waffenzielgeräte, Bordwaffen-Steuersysteme, Zielzuordnungssysteme, Zielentfernungsmesssysteme, Ausrüstung für Gegenmaßnahmen: 11,3% Munition für Gewehre, Revolver, Pistolen, Jagdwaffen, Sportwaffen, Kanonen, Granatmaschinenwaffen und Teile für Revolvermunition, Pistolenmunition, Haubitzenmunition, Kanonenmunition, Mörsermunition: 7,1% Panzerplatten: 7,0% Teile für Schiffe und Unterwasserortungsgeräte: 5,8%	
2012	LKW und Teile für Panzer, gepanzerte Fahrzeuge, amphibische Fahrzeuge, Landfahrzeuge: 17,8% Elektronische Ausrüstung, Kommunikationsausrüstung, Navigationsausrüstung, Stabilisierungsausrüstung, Datenverarbeitungsausrüstung, Messausrüstung, Baugruppen, Bauelemente, Stromversorgungen und Teile für elektronische Ausrüstung, Kommunikationsausrüstung, Navigationsausrüstung, Ortungsausrüstung, Stabilisierungsausrüstung, Lenkausrüstung, elektronische Kampfführung, Datenverarbeitungsausrüstung, Baugruppen, Bauelemente, Steuerungsausrüstung, Regelausrüstung, Stromversorgungen: 15,6% Abfeuereinrichtungen und Teile für Torpedos, Flugkörper, Flugkörperabwehrsysteme: 11,5% Zerstörer (Verschrottung), U-Boote (Verschrottung), Sonaranlagen, Schiffskörperdurchführungen und Teile für Fregatten, U-Boote, Patrouillenboote, Kampfschiffe, U-Boot-Dieselmotoren, Unterwasserortungsgeräte, Steuereinrichtungen für Ortungsgeräte: 10% Nachtsichtvorsatzgeräte, Wärmebildgeräte und Teile für Bildverstärkerausrüstung, Infrarotausrüstung, Wärmebildausrüstung: 7,7% Technologieunterlagen für Handfeuerwaffenteile, Munitionsteile, Flugkörper-teile, Landfahrzeugteile, Schiffsteile, Luftfahrzeugteile, Kommunikationsteile, Wärmebildgeräteteile und Fertigungsunterlagen für Zielerfassungsteile, Landfahrzeugteile, Infrarotbaugruppen: 7% Zielfernrohre, Entfernungsmesser, Prüfgeräte und Teile für Feuerleiteinrichtungen, Waffenzielgeräte, Rohrwaffenrichtgeräte, Bordwaffen-Steuersysteme, Zielentfernungsmesssysteme, Radarsysteme: 6,9% Triebwerke und Teile für Kampfhubschrauber, Transportflugzeug, Hubschrauber, Trainingsflugzeuge, Luftfahrzeuge, unbemannte Luftfahrzeuge, Triebwerke: 6,5%	89,09
2013	LKW, Anhänger und Teile für Panzer, Panzerhaubitzen, gepanzerte Fahrzeuge, amphibische Fahrzeuge, LKW, Landfahrzeuge: 16,3% Pyrotechnische Munition, Abfeuereinrichtungen und Teile für Flugkörper, Abfeuereinrichtungen, Flugkörperabwehrsysteme: 15,8% Panzerplatten, Minenschutzanzüge, ballistische Einschübe und Teile für Körperpanzer: 12,6% Tankausrüstung und Teile für Kampfflugzeuge, Kampfhubschrauber, Transportflugzeuge, Hubschrauber, unbemannte Luftfahrzeuge, Triebwerke, Bordausrüstung, Tankausrüstung: 8,1% Software für Detektionsausrüstung, zur Modellierung von Teilen, Entwicklung von Gefechtskopfteilen, Radarteile, Getriebeerprobung, Simulationen und militärische Ausrüstung: 7,5% Technologie für militärische Ausrüstung: 7,1% Bildverstärkerausrüstung und Teile für Bildverstärkerausrüstung, Wärmebildausrüstung, Infrarotausrüstung: 6,6%	84,09

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes ¹	Gesamtwert
	Laserentfernungsmesser, Prüfausrüstung, Justierausrüstung und Teile für Feuerleiteinrichtungen, Waffenzielgeräte, Rohraffenrichtgeräte, Bordwaffen-Steuersysteme, Zielentfernungsmesssysteme, Ortungssysteme: 5,2% Laborchemikalien, Schutzbelüftungsanlagen, Schutzausrüstung, Dekontaminationsausrüstung, Dekontaminationsmittel, Detektionsausrüstung und Teile für Schutzbelüftungsanlagen, Dekontaminationsausrüstung, Detektionsausrüstung: 4,4%	
2014	Herstellungsausrüstung und Teile für Herstellungsausrüstung für militärische Ausrüstung: 21% Munition für Jagdwaffen, Sportwaffen, Revolver, Pistolen, Scheinzielpatronen und Teile für Revolvermunition, Pistolenmunition: 11,1% Elektronische Ausrüstung, Datenverarbeitungsausrüstung, Bauelemente, Lenkausrüstung und Teile für elektronische Ausrüstung, Kommunikationsausrüstung, Ortungsausrüstung, Navigationsausrüstung, Stromversorgungen: 10,7% Unterwasserortungsgeräte, Schiffskörperdurchführungen und Teile für U-Boote, Kampfschiffe, Schiffe, U-Boot-Dieselmotoren, Unterwasserortungsgeräte, Schiffskörperdurchführungen: 10,3% Gewehre mit KWL-Nummer, Maschinengewehre, Scharfschützengewehre, Revolver, Pistolen, Jagdgewehre, Sportgewehre, Jagdselbstladeflinten, Rohraffen-Lafetten, Mündungsfeuerdämpfer, Waffenzielgeräte und Teile für Gewehre mit KWL-Nummer, Maschinengewehre, Scharfschützengewehre, Revolver, Pistolen, Jagdgewehre: 7,3% LKW und Teile für Panzer, Panzerhaubitzen, gepanzerte Fahrzeuge, Bergungsfahrzeuge, LKW, Amphibienfahrzeuge, Antennenträger: 6,3% U-Boot-Simulator und Teile für Flugsimulatoren: 5,5% Laborchemikalien, Schutzbekleidung, Detektionsausrüstung und Teile für Schutzbelüftungsanlagen, Detektionsausrüstung: 5% Teile für Torpedos, Raketen, Flugkörper, Abfeuerausrüstung und Flugkörperabwehrsysteme: 4,9%	72,45
2015	Keine Aufschlüsselung der Güter in Prozent des Gesamtwertes möglich.	38,96
2016	Triebwerke und Teile für Kampfhubschrauber, Flugzeuge, unbemannte Luftfahrzeuge, Triebwerke, Bodengeräte: 69% Kommunikationsausrüstung, Datenverarbeitungsausrüstung, Baugruppen, Navigationsausrüstung, Stromversorgungen, Regelausrüstung und Teile für elektronische Ausrüstung, Kommunikationsausrüstung, Radarstörssysteme, Datenverarbeitungsausrüstung, Navigationsausrüstung: 9,1% ABC-Schutzsysteme, Dekontaminationsausrüstung, Detektionsausrüstung, Laborchemikalien und Teile für Detektionsausrüstung, Strahlungsmessgeräte: 4,8%	83,9
2017	Keine Aufschlüsselung der Güter in Prozent des Gesamtwertes möglich.	34,19
2018	Keine Aufschlüsselung der Güter in Prozent des Gesamtwertes möglich.	12,87
2019	Keine Aufschlüsselung der Güter in Prozent des Gesamtwertes möglich.	31,62
2020	Keine Aufschlüsselung der Güter in Prozent des Gesamtwertes möglich.	22,90
2021	Keine Aufschlüsselung der Güter in Prozent des Gesamtwertes möglich.	11,10
2022	Keine Aufschlüsselung der Güter in Prozent des Gesamtwertes möglich.	4,51

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes ¹	Gesamtwert
2023	Keine Aufschlüsselung der Güter in Prozent des Gesamtwertes möglich.	1,22

Quelle: Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 1999-2023, verfügbar auf der Website des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz <http://www.bmwk.de>

Schaubild 1
Deutsche Rüstungsexporte, 1999–2023

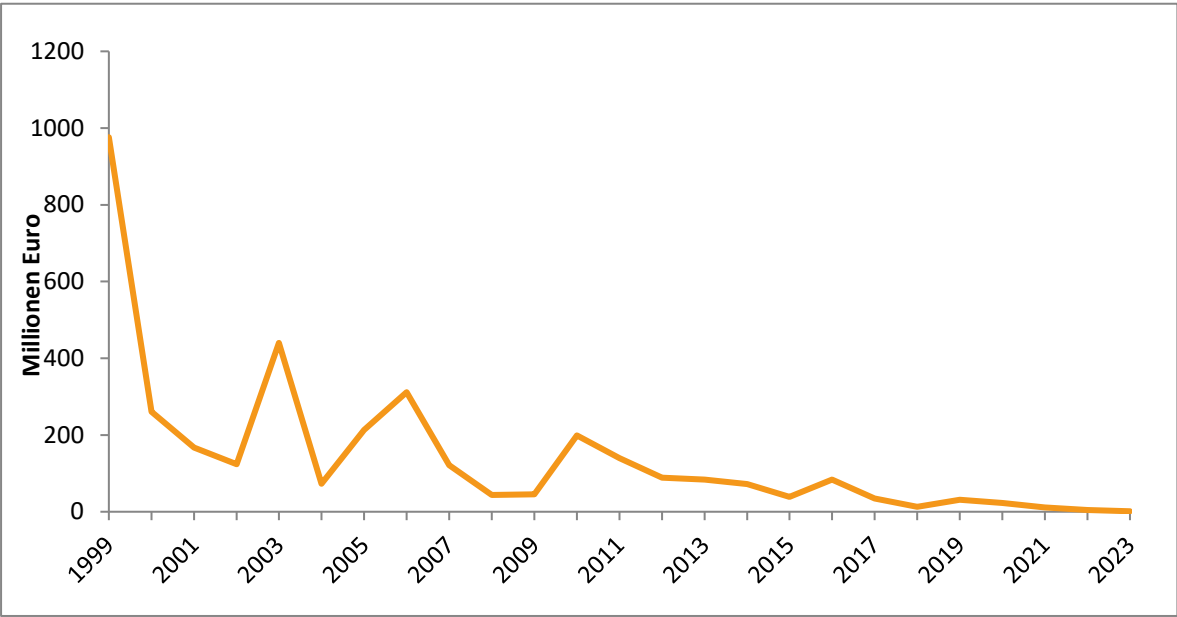


Tabelle 2
Auszug aus dem Waffenhandelsregister von SIPRI, Lieferungen aus Deutschland in die Türkei 2000-2024

Anzahl	Bezeichnung	Waffenkategorie	Bestell-Jahr	Liefer-Jahre	Bisher geliefert	Status
3	Kiliç	Schnellboot	1993	1998-2000	3	Neuwertig
2	MEKO-200T2	Fregatte	1994	1998-2000	2	Neuwertig
4	Type-209/1400	U-Boot	1998	2005-2007	(4)	Neuwertig
6	Frankenthal/Type-332	Minenjagdboot	1999	2005-2010	6	Neuwertig

Anzahl	Bezeichnung	Waffenkategorie	Bestell-Jahr	Liefer-Jahre	Bisher geliefert	Status
40	DMzA4 See- hecht	Torpedo zur U- Boot-Abwehr	(1999)	2004- 2005	(40)	Neuwertig
4	Kiliç	Schnellboot	2000	2005- 2008	4	Neuwertig
(450)	MT-881	Dieselmotor	(2001)	2004- 2013	(450)	Neuwertig
(40)	TP400-D6	Turboprop	2003	2014- 2022	(40)	Neuwertig
2	Kiliç	Schnellboot	(2004)	2009- 2010	2	Neuwertig
2	COBRA	Artillerieortungsra- dar	(2005)	2006	(2)	Gebraucht
(298)	Leopard-2A4	Panzer	2005	2006- 2010	(298)	Gebraucht, moder- nisiert
(4)	MTU-595	Dieselmotor	2008	2011- 2013	4	Neuwertig
56	Leopard-2A4	Panzer	2009	2010- 2014	(56)	Gebraucht, moder- nisiert
6	Type-214	U-Boot	2011	2024	1	Neuwertig
4	MTU-595	Dieselmotor	(2014)	2018- 2019	4	Neuwertig
4	MaK-8M20C	Dieselmotor	(2014)	2021	2	Neuwertig
5	MAN-32/40	Dieselmotor	2015	2023	5	Neuwertig
8	MTU-595	Dieselmotor	(2016)	2024	2	Neuwertig

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/trade_register.php

Kommentar

Die Türkei ist immer wieder Abnehmer größerer Mengen deutscher Rüstungsgüter. Neben der Lieferung von Schiffen und Schiffsteilen für die türkische Marine stehen insbesondere größere Panzerlieferungen hervor. So lieferte Deutschland im Zeitraum 2006-2010 fast 300 ausgemusterte Leopard-2A4-Panzer der Bundeswehr, welche in der Türkei modernisiert wurden. Im Zeitraum 2010 bis 2014 folgten 56 weitere Leopard-2-Panzer. Während bei früheren Panzerlieferungen Deutschlands an die Türkei vertraglich festgelegt wurde, dass die Leopard-1-Panzer, Artikel 5 des NATO-Vertrages folgend, ausschließlich im kollektiven Verteidigungsfall verwendet werden dürfen, entfiel diese Vereinbarung für die Leopard-2A4-Panzer.

Die Türkei produziert zahlreiche Waffen in deutscher Lizenz, so etwa die Kleinwaffen G3, MG3 und MP5. Zwischen 1994 und 2007 kamen noch U-Boote der Klasse 209/1400 vom Hersteller Howaldtswerke Deutsche Werft (HDW) hinzu. Zudem baut die Türkei aktuell sechs U-Boote mit außenluftunabhängiger Antriebsanlage des Typs 214 unter deutscher Lizenz und maßgeblicher Beteiligung von ThyssenKrupp Marine Systems. Alleine in den ersten vier

Monaten des Jahres 2019 lieferte Deutschland dafür Bauteile in einem finanziellen Volumen von rund 180 Millionen Euro, deren Lieferung bereits 2009 genehmigt und mit einer Hermes-Bürgschaft in Höhe von 2,5 Milliarden Euro abgesichert wurde. Vermutlich sollen die neuen 214er U-Boote die fünf 209er-Typen der türkischen Marine ersetzen. Laut SIPRI wurde bisher erst ein Exemplar ausgeliefert – Medienberichten zufolge wurde bereits im Mai 2025 allerdings das dritte Exemplar in Dienst gestellt.

Seit Ende 2016 verfolgt die deutsche Bundesregierung nach eigenem Bekunden eine restriktivere Genehmigungspolitik bezüglich der Rüstungsexporte in die Türkei. So wurden von November 2016 bis März 2017 elf Anträge nicht genehmigt, während es von 2010-2015 insgesamt nur zu acht Ablehnungen kam. Die verweigerten Genehmigungen umfassten Lieferungen von Handfeuerwaffen, Munition sowie Komponenten für andere Rüstungsgüter. Als Gründe wurden die sich verschlechternde Menschenrechtslage nach dem Putschversuch, der sich erneut zuspitzende kurdische Konflikt sowie die Befürchtung, dass die Rüstungsgüter für Repressionen innerhalb der Türkei genutzt werden könnten, genannt. Die Bundesregierung bezog sich dabei auf folgende Kriterien des Gemeinsamen Standpunktes der EU für Rüstungsexporte: Kriterium 2 „Achtung der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts durch das Endbestimmungsland“, Kriterium 3 „Innere Lage im Endbestimmungsland als Ergebnis von Spannungen oder bewaffneten Konflikten“ und Kriterium 7 „Risiko der Abzweigung von Militärtechnologie oder Militärgütern im Käuferland oder der Wiederausfuhr von Militärgütern unter unerwünschten Bedingungen“. Während für die Ablehnungen von 2009 bis 2014 immer das Kriterium 7 als Grund genannt wurde, steht seit 2016 das Kriterium 3 im Vordergrund. Als Reaktion auf die türkische Militäroffensive hatte die Bundesregierung im Oktober 2019 angekündigt, vorerst keine Genehmigungen mehr für Rüstungsgüter und Waffen zu erteilen, die von der Türkei potenziell in dem Konflikt eingesetzt werden könnten.

Im Januar 2018 marschierte das türkische Militär in die mehrheitlich kurdisch besiedelte Region Afrin in Nordsyrien ein. Dabei kamen auch deutsche Leopard-Panzer zum Einsatz. Die deutschen Rüstungslieferungen an die Türkei wurden auch im Anschluss an diese, von vielen Beobachter:innen als völkerrechtswidrig eingestufte Operation, nicht eingestellt. Wie aus der Antwort des Wirtschaftsministeriums auf eine Anfrage der Linksfraktion im Bundestag hervorgeht, wurden – trotz anderslautender Aussagen des damaligen Wirtschaftsministers Sigmar Gabriel – zwischen dem 1. Januar und dem 13. März 2018 – parallel zur Durchführung der Afrin-Operation ab dem 20. Januar 2018 – 34 Exportgenehmigungen für Rüstungsgüter an die Türkei im Gesamtwert von 9,7 Millionen Euro erteilt. Insgesamt erteilte die Bundesregierung allein im ersten Halbjahr 2018 39 Einzelausfuhrgenehmigungen für die Türkei mit einem finanziellen Gesamtvolumen von rund zehn Millionen Euro. Auch bei der türkischen Militäroffensive „Operation Friedensquelle“ wurden seit Oktober 2019 nachweislich Leopard-2-Kampfpanzer von den türkischen Streitkräften in den nördlichen Provinzen Syriens eingesetzt.

Im Zuge der anvisierten Stärkung der lokalen Rüstungsindustrie der Türkei sollen ca. 1.000 Altay-Kampfpanzer gebaut werden. Die ersten Prototypen wurden 2017 getestet. Wie der Leopard-Panzer sollte auch der Altay eine 120-Millimeter Glattrohrkanone enthalten, die Medienberichten zufolge mit einer Lizenz von Rheinmetall gebaut werden sollte. Die Dieselmotoren des türkischen Panzers sollten von der MTU Friedrichshafen/Rolls-Royce-Gruppe kommen. 2022 wurden 14 Ausfuhren im Wert von 4,15 Mio. Euro genehmigt – eine Ausfuhr wurde nach Kriterium 7 abgelehnt. 2023 wurden Rüstungsgüterausfuhren im Wert von 1,22 Mio. genehmigt.

Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland

Tabelle 3

Höhe der Exporte von Großwaffensystemen in die Türkei 2020-2024, Mio. TIV²

Jahr	2020	2021	2022	2023	2024	2020-2024
Summe	107	282	186	679	381	1635

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

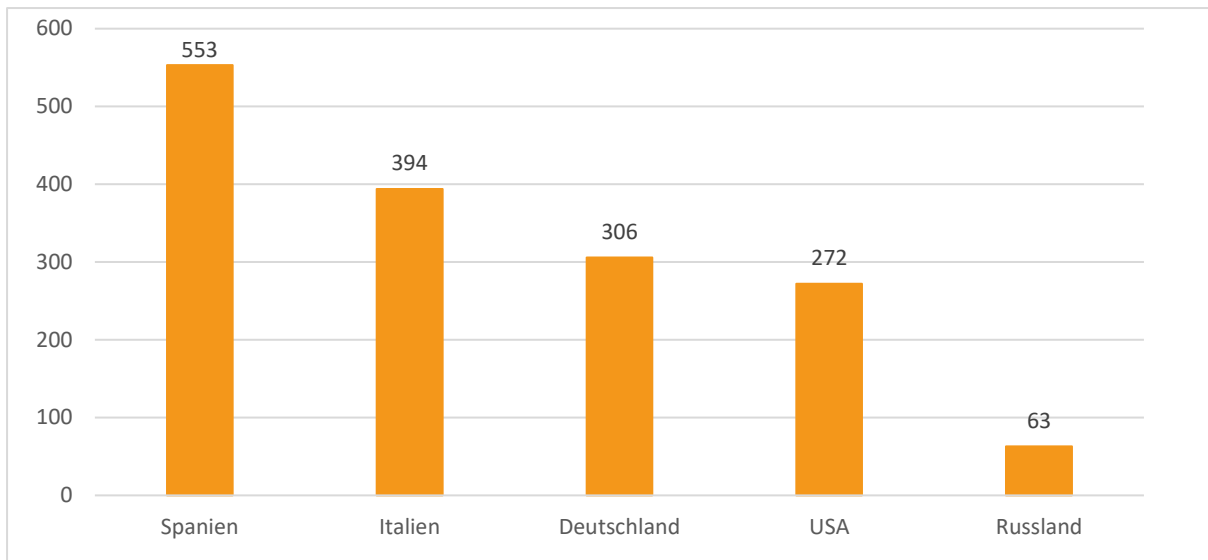
Tabelle 4

Deutsche Exporte von Großwaffensystemen in die Türkei 2020-2024, Mio. TIV

Jahr	2020	2021	2022	2023	2024	2020-2024
Summe	-	1	12	15	278	306

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

² SIPRI gibt die Werte als sogenannten Trend Indicator Value (TIV) an. Der TIV basiert auf den bekannten Produktionskosten für bestimmte Waffensysteme und bildet den militärischen Wert in einer eigenen hypothetischen Einheit ab. So werden etwa Wertverluste bei älteren und gebrauchten Geräten berücksichtigt. Der TIV bildet damit eher den militärischen als den finanziellen Wert ab. Weiterführend, siehe SIPRI, Arms Transfers Database, abrufbar unter: <https://www.sipri.org/databases/armstransfers/background#TIV-tables>

Schaubild 2**Wichtigste Lieferanten von Großwaffensystemen 2020-2024, Mio. TIV**

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Kommentar zu den Waffenkäufen

Laut SIPRI-Datenbank (Stand: August 2025) nahm die Türkei im Zeitraum 2020 bis 2024 die 22. Stelle unter den weltweiten Waffenimporteuren ein. Wichtigster Rüstungslieferant für die Türkei waren lange die USA – im genannten Zeitraum war es jedoch Spanien (mit 34 % aller Lieferungen). Die USA rangierten (mit 17 %) in der aktuellen Betrachtungsperiode nur auf dem 4. Platz, hinter Italien (24 %) und Deutschland (19 %) aber noch vor Russland (4 %).

Spanien exportierte seit 2014 zehn A400M Atlas Transportflugzeuge in die Türkei, von denen das letzte 2022 ausgeliefert wurde. Teile hierfür wurden auch in der Türkei gefertigt. 2015 wurde zudem der Auftrag zur Lieferung eines amphibischen Landungsschiffes vom Typ BPE – bzw. entsprechender Bausätze und Komponenten zur Lizenzfertigung – über 1,5 Milliarden Euro beschlossen. 2023 wurde das Schiff bzw. die Teile hierfür ausgeliefert.

Von **Italien** kaufte die Türkei insb. Kampfhubschrauber sowie Marinegeschütze. Seit 2014 lieferte Italien u. a. 74 von insgesamt 92 (seit 2008 geordneten) T-129B ATAK-Kampfhubschraubern bzw. ebenfalls Bausätze für die Lizenzproduktion. Außerdem lieferte Italien seit 2016 einen Gokturk-1 Aufklärungssatelliten, sechs ATR-72MP (Flugzeuge zur Seefernaufklärung bzw. U-Boot-Abwehr), 15 AW119 Koala (Trainingshubschrauber) und drei von zehn bestellten Super Rapid 76mm (Marinegeschütze).

Deutsche Lieferungen finden sich im vorherigen [Kapitel](#).

Die **USA** lieferten seit 2015 bspw. im Rahmen zweier Deals insgesamt zehn CH-47F Chinook Transporthubschrauber (2016 – 2019) sowie im Rahmen des TUHP-Programms bisher über 21 in Lizenz gefertigte Black Hawk Hubschrauber (von insgesamt 86 im Jahr 2014 geordneten Stück). Sie lieferten zudem hunderte Lenkwaffen, darunter über 2000 JDAM-Lenkbomben (2017 – 2021), knapp 120 AIM-9X Sidewinder (2015 – 2016), rund 145 AIM-120C AMRAAM (2016 – 2019), 48 AGM-84H SLAM-ER Luft-Boden-Raketen (2016 – 2017) sowie etwa 160 Javelin-Panzerabwehrraketen (2017). Hinzu kamen Lieferungen von weiteren Boden-

Luft-Raketen. Im Schiffs- und Marinebereich erhielt die Türkei mehrere LM-2500 Gasturbinen (u. a. für MilGem- und TF-100-Fregatten) sowie ein amphibisches Angriffsschiff (BPE; 2023), zehn Phalanx CIWS-Bordgeschütze (2017–2023) und Komponenten für Marineflugabwehrsysteme aus den USA. Darüber hinaus lieferten die USA seit 2015 in großem Umfang Motoren, darunter mehrere tausend Fahrzeugmotoren (u. a. für Kirpi, Vuran, Ejder Yalçın und Kaplan Fahrzeuge, 2015–2022) sowie zahlreiche Flugzeug- und Hubschraubermotoren (CTS-800 Turboshfts für T-129B Kampfhubschrauber). 2023 stellte die Türkei zudem eine Anfrage über 40 F-16V-Kampfflugzeuge und umfangreiche Munitionspakete (JDAM, GBU-39, AIM-120, AIM-9X, Anti-Radar-Raketen). Der entsprechende Deal sollte zudem 79 Modernisierungskits beinhalten, welche jedoch gestrichen wurden.

Allerdings ist die Türkei in den letzten Jahren darum bemüht, ihre Abhängigkeit von großen europäischen und US-Lieferanten zu reduzieren und sucht sich auch außerhalb der NATO-Rüstungspartner. Dies spiegelt sich auch in der im Januar 2017 erfolgten Aufkündigung des Vertrages zwischen dem türkischen Unternehmen Tümosan und dem österreichischen Unternehmen AVL wider, das bei der Entwicklung von eigenen Triebwerken für die Altay-Panzer unterstützen sollte. Im Rahmen der Begründung zur Beendigung dieses Vertragsverhältnisses wies das türkische Unternehmen auf die kritische Einstellung des Europäischen Parlamentes zur Türkei hin, die keine verlässliche Unterstützung bei militärischen Vorhaben durch westliche Unternehmen erwarten ließe. Dahinter steckt die Befürchtung, dass Sanktionen seitens der NATO- bzw. EU-Staaten erfolgen könnten. Dennoch bleiben Kooperationen mit NATO-Partnern für die Türkei weiterhin wichtig, wie das im Juli 2017 unterzeichnete vorläufige Abkommen zwischen Frankreich, Italien und der Türkei zeigt, dass die gemeinsame Entwicklung eines Flugabwehrsystems anstrebt. Diese Kooperation des französisch-italienischen Konsortiums Eurosam mit türkischen Unternehmen zielt auf die Entwicklung und Produktion eines für alle drei Länder geeigneten Flugabwehrsystems ab.

Außerhalb der NATO schienen insbesondere China und Russland für die Türkei zeitweise von Interesse gewesen zu sein. Im November 2015 stoppte die Türkei eine vier Milliarden US-Dollar schwere Ausschreibung für ein Luftabwehrraketensystem, welches eigentlich der chinesischen Firma CPMIEC zugesprochen worden war. Grund dafür war die massive Kritik seitens einiger NATO-Mitglieder, insbesondere der USA, die einerseits auf die mögliche Inkompatibilität des chinesischen Systems mit jenen der NATO hinwiesen, andererseits aber auch den Vorwurf erhoben, dass CPMIEC internationale Sanktionen gegen den Iran, Nordkorea und Syrien missachte. Auch bezüglich russischer Systeme wurden Komptabilitätsbedenken innerhalb der NATO geäußert. Dennoch schlossen die Türkei und Russland im September 2017 einen Vertrag zum Kauf von zwei S-400-Luftabwehrsystemen aus Russland ab, wobei zumindest ein Teil der Produktion in Kooperation mit türkischen Rüstungsunternehmen stattfand. Türkische Medien berichten von einem Auftragsvolumen von 2,5 Milliarden US-Dollar. Die von der NATO geäußerten Bedenken – insbesondere das Pentagon befürchtet, dass Russland die neuen US-Tarnkappenflugzeuge F-35 über die empfindlichen Radare des Abwehrsystems ausspionieren könnte – wurden seitens der Türkei zurückgewiesen. Die ersten Lieferungen für das russische Luftabwehrraketensystem erfolgten im Juli 2019 und wurden bis Ende des Jahres vollendet. Nachdem das S-400 den Anforderungen für den „Steel Dome“ allerdings nicht entsprach wurde 2025 bekannt, dass die Türkei wieder verstärktes Interesse an dem SAMP/T von Eurosam zeigt.

Ferner bestellte die Türkei aus Russland in den letzten fünf Jahren insbesondere Panzerabwehrraketen und Luftabwehrraketen sowie einen 64N6 Luftraumsuchradar. Aufgrund der Beschaffung des S-400 wurde die Türkei im November 2019 von den USA aus dem

Beschaffungsprogramm des F-35A Kampfflugzeuges ausgeschlossen. Infolgedessen soll die Türkei, insbesondere auch vor dem Hintergrund der sondierten Industriekooperation mit Russland, Interesse an der Beschaffung von 36 russischen Su-35 Kampffjets gezeigt haben. Laut SIPRI bezog die Türkei aus Russland seit 2022 keine Großwaffensysteme mehr.

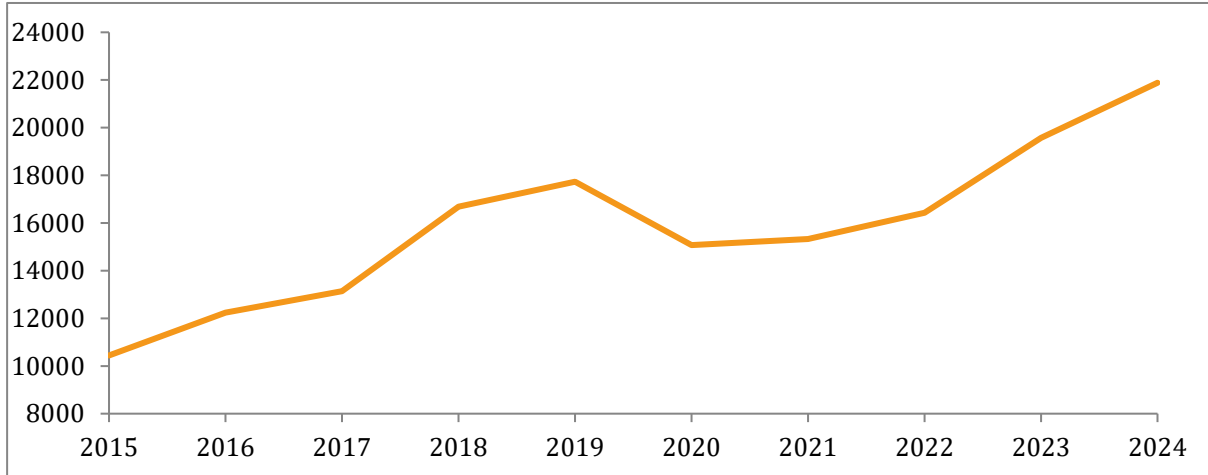
Der Putschversuch (2016) und die darauffolgenden Repressionen sowie die Uneinigkeit in Bezug auf die Strategie im syrischen Bürgerkrieg veranlassten einige NATO-Mitglieder zur Frage, inwiefern sie weiterhin sensible Technologien mit der Türkei teilen können und ob die Verteidigungszusammenarbeit allgemein noch tragbar ist. Dies gilt insbesondere für Frankreich und Deutschland, zeitweise auch für die USA und das Vereinigte Königreich. Dennoch unterstützte die damalige britische Premierministerin Theresa May Anfang 2017 die Vermittlung eines Rüstungsabkommens über die gemeinsame Entwicklung von Kampfflugzeugen durch britische und türkische Unternehmen, das für die Türkei keine Einschränkungen bezüglich der Exportländer enthalten soll. Als Reaktion auf die türkische Militäroffensive gegen die kurdische YPG im Norden Syrien kündigte – neben Deutschland und Frankreich – jedoch auch die britische Regierung an, vorerst keine Genehmigungen mehr für Rüstungsgüter und Waffen zu erteilen, die von der Türkei potenziell in dem Konflikt eingesetzt werden könnten. Daneben haben Norwegen, Finnland und die Niederlande auch bereits genehmigte Rüstungslieferungen in die Türkei vorerst gestoppt. Schweden fordert ein EU-weites Waffenembargo, auf das sich die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union bisher nicht einigen konnten.

Militärausgaben

Tabelle 5
Absolute Militärausgaben und Anteil am BIP

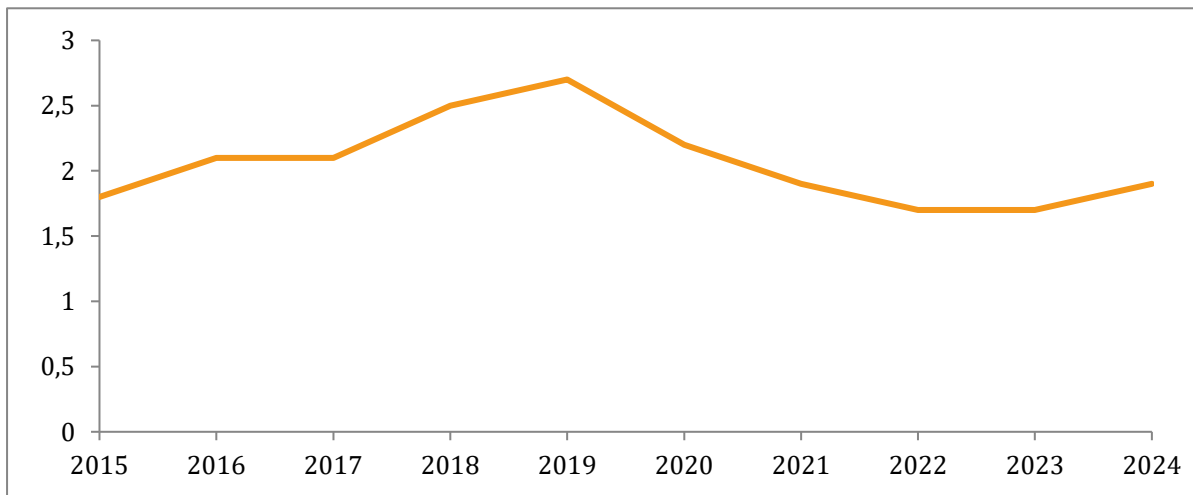
	2020	2021	2022	2023	2024
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	15070	15334	16429	19578	21884
Anteil am BIP (in Prozent)	2,2	1,9	1,7	1,7	1,9
Anteil an Staatsausgaben (in Prozent)	-	-	-	-	-

Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.
Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 3**Absolute Militärausgaben, Trend 2015 – 2024 in Mio. USD**

Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 4**Anteil der Militärausgaben am BIP, Trend 2015 – 2024 (in Prozent)**

Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Lokale Rüstungsindustrie

Die türkische Rüstungsindustrie besteht aus ca. 100 Kernunternehmen und ist relativ breit aufgestellt. Die Kompetenzen der lokalen Industrie umfassen Schiffskonstruktion und -reparatur, das Design und die Produktion von Landfahrzeugsystemen, Kleinwaffen, Ausrüstung zur Abwehr von chemischen, biologischen sowie radiologischen und nuklearen Gefahren, Raumfahrtkomponenten, militärischer Elektronik, Sensorsystemen, unbemannten

Flugsystemen und Software-Service. Bestimmte, kritische Technologien kann die Türkei jedoch noch nicht selbst herstellen. So ist das Land beispielsweise bei der Raumfahrttechnik noch von ausländischer Expertise abhängig. Ebenso basiert der als lokales Projekt dargestellte Altay-Panzer auf den südkoreanischen K2-Kampfpanzern und auch lokale Drohnenprogramme beruhen auf in der Türkei angepassten ausländischen Technologien.

Trotz des relativ aktiven Privatsektors bleiben die staatseigenen Industrieanteile groß. So ist der Staat mit 21 Unternehmen an ca. einem Fünftel der Rüstungsunternehmen beteiligt, einige der führenden Unternehmen, so zum Beispiel Turkish Aerospace Industries (TAI) oder Makina ve Kimya Endüstrisi Kurumu (MKE), ASELSAN oder Roket Sanayi sind vollständiges Staatseigentum oder in mehrheitlichem Besitz der „Armed Forces Foundation“. Um das Ziel der türkischen Regierung zu erreichen, in der Rüstungsindustrie zu einem der wichtigsten globalen Akteure zu werden, soll die Privatisierung weiter forciert werden. Im Zeitraum 2020-2024 belegte die Türkei bereits den 11. Platz unter den weltweit größten Waffenexporteuren. Bislang wurden eine solche Privatisierung sowie eine ebenfalls angestrebte Verkleinerung staatseigener Unternehmen jedoch immer wieder verschoben.

Die Türkei ist bestrebt, ihre Abhängigkeit von ausländischen Lieferungen und Unternehmen durch die Stärkung der eigenen Rüstungsindustrie zu überwinden. Hierzu wurden bereits zahlreiche Maßnahmen in die Wege geleitet: So werden in jedem Fünfjahresplan seit 2007 neue Zielmarken für den Anteil der lokalen Rüstungsindustrie an der Beschaffung durch die Türkei sowie für den Wert der Rüstungsexporte festgelegt. Während diese Ziele in den Anfangsjahren teils übertroffen wurden, stagnierte diese Entwicklung in den letzten Jahren; insbesondere aufgrund des vergleichsweise schwachen Wirtschaftswachstums. Trotz dieser Hindernisse kündigte der türkische Präsident Erdoğan 2015 an, dass die Türkei bis 2023 unabhängig von Rüstungsimporten sein will. 2015 betrug der Anteil der Ausrüstung der türkischen Streitkräfte durch lokale Rüstungsunternehmen rund 60 Prozent, 2022 soll der Anteil laut türkischem Verteidigungsministerium bereits bei rund 80 Prozent gelegen haben. 2004 lag der Anteil noch bei etwa 20 Prozent. Als weitere Maßnahme zur Stärkung der lokalen Rüstungsindustrie sind nationale Rüstungsunternehmen seit 2011 dazu verpflichtet, Unteraufträge an türkische Unternehmen zu vergeben und diese ebenso wie die Partnerunternehmen bei Exporten zu unterstützen. Ende 2018 wurde die staatliche Raumfahrtbehörde Türkiye Uzay Ajansı (TUA) gegründet, um die eigene Unabhängigkeit auch in diesem Bereich voranzutreiben.

Auch wenn die türkische Rüstungsindustrie noch nicht die von der Politik geforderten hohen Anteile erfüllen kann, so hat sie in den vergangenen 15 Jahren große Fortschritte bezüglich ihres Outputs und ihrer Unabhängigkeit gemacht, insbesondere im Bereich der Luftfahrt. Hauptexportmärkte der Türkei waren zwischen 2011 und 2017 Aserbaidschan, Deutschland, das Vereinigte Königreich, Indien, Malaysia, Katar, Saudi-Arabien, Tunesien, die Vereinigten Arabischen Emirate und die USA. Das Ziel, bis 2016 Rüstungsgüter im Wert von zwei Milliarden US-Dollar jährlich zu exportieren, schien 2015 mit einem Wert von 1,6 Milliarden nicht unrealistisch zu sein. 2020 brachen die Exporte im Bereich Verteidigung, Luft- und Raumfahrt um 17 Prozent im Vergleich zum Vorjahr ein (Exportwert 2019: 2,74 Milliarden Dollar), erfüllten mit 2,28 Milliarden allerdings immer noch das gesteckte Ziel.

Die Bereiche, in denen die Türkei ohne die Unterstützung ausländischer Unternehmen wettbewerbsfähig ist, bleiben dennoch begrenzt. Das schwache Wirtschaftswachstum und die hohe Inflation der letzten Jahre sowie das teils noch immer mangelnde Personal als eine Folge des Putschversuchs im Juli 2016 wirken bezüglich der globalen Wettbewerbsfähigkeit bremsend, auch wenn die Regierung ihren Wunsch, die türkische Rüstungsindustrie

eigenständiger zu machen, nach dem Putsch nochmals forcierte. Die Rüstungsindustrie stärkte deshalb ihre Beziehungen zu islamisch geprägten Ländern, insbesondere zu Pakistan und Katar.

2023 wurde ein Prototyp der Baykar Bayraktar TB3 (Kampfdrohne), einer maritimen Weiterentwicklung der TB2 vorgestellt. Diese sollen anstatt sechs US-amerikanischer F-35 Kampfflugzeuge auf einem Flugzeug- bzw. Drohnenträger – der Anadolu (ein im März 2023 in Dienst gestelltes amphibisches Angriffsschiff) – stationiert werden. Zudem sollte 2023 das erste türkische Tarnkappen-Kampfflugzeug (Kaan oder auch TF-X), ein Kampfflugzeug der fünften Generation, seinen Erstflug absolvieren; dieser wurde im Februar 2024 erfolgreich absolviert.

Streitkräftestruktur

Wehrpflicht: Ja; 12 Monate (5,5 Monate für Hochschulabsolvent:innen; 21 Tage für Absolvent:innen mit Freistellung)

Box 1

Gesamtstärke der Streitkräfte

355.200 aktive Streitkräfte, davon:
Heer: 260.200
Marine: 45.000
Luftwaffe: 50.000

Reserve: 378.700
Gendarmerie & Paramilitärische Einheiten: 160.800, davon:
Gendarmerie: 152.100
Küstenwache: 8.700
Quelle: IISS Military Balance 2025

Tabelle 6
Stärke der Streitkräfte, Trend 2016–2024

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Aktive in 1.000 (IISS)	355,2	355,2	355,2	355,2	355,2	355,2	355,2	355,2	355,2
Soldat:innen auf 1.000 Einwohner:innen (BICC Berechnungen)	4,5	4,4	4,4	4,3	4,3	4,2	4,2	4,2	4,2

Quellen: IISS Military Balance, 2017-2025, World Bank

Kommentar

Vor dem Putschversuch am 15. Juli 2016 verfügte die Türkei über etwas mehr als eine halbe Mio. aktive Soldat:innen, womit die Türkei das zweitgrößte Truppenkontingent innerhalb der NATO stellte. In Folge des gescheiterten Putschversuchs kam es jedoch zu [29,444](#) Entlassungen und über 15.000 Festnahmen von Militärpersonal (über 150 der Verhafteten sind General:innen) sowie zu einer [Umstrukturierung](#) der Streitkräfte. Sie sollte den traditionell sehr starken Einfluss des Militärs, der im Laufe der AKP-Regierungszeit seit 2003 bereits erheblich reduziert worden war, nochmals einschränken, u. a. durch den Ausbau politischer Kontrollmechanismen. Der geplante Einflussverlust des Generalstabs macht sich daran fest, dass einerseits einige seiner Kompetenzen an das Verteidigungsministerium übergehen und dass er – wie auch weitere militärische Institutionen – andererseits vermehrt mit ideologisch und persönlich loyalen Personen besetzt werden soll.

Während die drei Teilstreitkräfte nun dem Verteidigungsministerium direkt unterstellt sind, wurden die paramilitärischen Einheiten ab 2015 dem Innenministerium angegliedert. Die Verantwortung für die Gendarmerie wird jedoch in Kriegszeiten dem Verteidigungsministerium übergeben. Die Gendarmerie, die für die öffentliche Ordnung in ländlichen Gebieten, die nicht in den Zuständigkeitsbereich der Polizeikräfte fallen, sowie für die Gewährleistung der inneren Sicherheit und die allgemeine Grenzkontrolle zuständig ist, war immer Teil des Militärs. Ihre Umstrukturierung war ein Schlag gegen die Schlagkraft der Streitkräfte. Auch der Hohe Militärrat, die Kontrolle der Militärgerichtsbarkeit, das Sanitätswesen der Streitkräfte und das militärische Ausbildungswesen werden zunehmend zivil besetzt. Nach dem gescheiterten Putschversuch hat die türkische Regierung außerdem einen weiteren Erlass zur Schließung von Militärhochschulen und zur Umstrukturierung von Kriegsakademien erlassen. Alle Militärgymnasien wurden geschlossen, und alle Kadett:innen wurden an reguläre staatliche Schulen versetzt. Im Sommer 2017 verfügte der Oberste Militärrat die Ablösung der drei Führungsfiguren der Teilstreitkräfte, ohne offizielle Gründe dafür zu nennen. Diese Entwicklungen stehen allerdings nicht allein, sondern hängen mit dem Bestreben der AKP-Regierung zusammen, nicht nur in Bezug auf das Militär, sondern auch insgesamt ihre Macht auszuweiten. Im August 2017 waren nur noch weniger als ein Drittel des Personals, das Führungspositionen innerhalb des Militärs vor dem Putschversuch eingenommen hatte, im Amt. Rund 40 Prozent der General:innen und höheren Offizier:innen wurden in Gewahrsam genommen, was dazu führte, dass einige Positionen des Militärs nur noch von hochrangigen Offizier:innen bekleidet werden.

Trotz dieser Maßnahmen betonte die Regierung, dass die Reduktionen durch Reformen begleitet würden, sodass die Verteidigungsfähigkeit der Türkei nicht eingeschränkt sei. Einige der traditionellen Militäraufgaben sollen im Zuge dessen durch die Polizei, die zunehmend mit schweren Waffen ausgestattet wird, übernommen werden. Diese Reformen setzen einen Trend fort, der sich schon in den kurdisch dominierten Gebieten im Südosten der Türkei abgezeichnet hat. Sichtbar wurde die nach wie vor bestehende Schlagkraft des türkischen Militärs im Rahmen der Militäroperation „Olivenzweig“, die die Türkei ab dem 20. Januar 2018 im nordsyrischen Afrin umsetzte. Unabhängig davon hat auch die Umsetzung von Plänen begonnen, die Streitkräfte zu professionalisieren und den hohen Anteil von circa 50 Prozent Wehrpflichtigen unter den aktiven Soldat:innen zu reduzieren.

Im April 2017 eröffnete die Türkei ihre erste Militärbasis in der Golfregion in Katar, wo Einheiten des Heeres, der Marine, der Luftwaffe und Spezialeinheiten aktiv sind. Auch in der Region Kurdistan-Irak (KRI) verfügt die Türkei über zahlreiche Militärbasen.

Bewaffnung der Streitkräfte

Tabelle 7

Heer

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Schwere Panzer	2.378	316 Leopard 2A4 werden derzeit modernisiert
Schützenpanzer	645	
Gepanzerte Mannschaftstransporter	6.403	
Gepanzerte Nutzfahrzeuge	1.450	
Bergepanzer	150	
Pionierpanzer	Mehr als 12	
Brückenlegepanzer	88	
Minenfahrzeuge	Mehr als 14	
Artillerie	Mehr als 2.762	
Panzerabwehr	709	Zusätzlich rückstoßfreie Abschussgeräte und tragbare Panzerabwehrlenkwaffensysteme, z. B. Milan
Flugzeuge zur Luftüberwachung	5	
Trainingsflugzeuge	49	
Transportflugzeuge	8	
Kampfhubschrauber	91	
Mehrzweckhubschrauber	28	
Transporthubschrauber	216	
Drohnen	Mehr als 73	Kampfdrohnen (Akinci; Bayraktar TB2), Aufklärungsdrohnen (Falcon 600/Firebee; CL-89; Gnat)
Loitering Munition	Einige	
Luftabwehr	Mehr als 1.552	Davon mehr als 148 Boden-Luft-Raketen und 1.404 Geschütze
Raketen	Einige	

Quelle: IISS Military Balance 2025

Kommentar

Das türkische Heer wurde in der AKP-Regierungszeit stark reduziert und war vom Rückgang der Anzahl der Streitkräfte der vergangenen Jahre von den drei Einheiten am stärksten betroffen. Zeitgleich erhöhte sich die Qualität der Ausbildung. Ziel des Heeres ist es, alle NATO-Missionen erfüllen zu können und entsprechend mobil und fähig zu sein, in der gesamten Bandbreite an Konfliktsituationen operieren zu können.

Im Dezember 2015 wurde bekannt, dass das Heer in Abstimmung mit dem irakischen Verteidigungsministerium schon seit damals knapp einem Jahr im Irak aktiv war, hauptsächlich bei Trainingsmaßnahmen lokaler Streitkräfte im Kampf gegen den Islamischen Staat (IS). Im Zuge der Operation „Euphrat-Schild“ vom August 2016 bis März 2017 wurde das türkische Heer im Norden Syriens eingesetzt, wobei es u. a. zu Aktionen gegen die kurdische Miliz YPG (Yekîneyên Parastina Gel, deutsch: Volksverteidigungseinheiten) kam. Die Aktionen gegen die YPG sollten insbesondere einen YPG-kontrollierten Korridor zwischen Kobane und Afrin verhindern. Im Oktober 2016 lag die Zahl der im Nordirak stationierten türkischen Soldat:innen bei schätzungsweise 2.000. Ende 2024 waren rund 4.086 Soldat:innen im Irak stationiert, lediglich 86 hiervon im Rahmen der NATO-Mission. Im Frühjahr 2017 sollen sich türkische Spezialeinheiten und der türkische Geheimdienst MIT an Offensiven der kurdischen Peshmerga im Nordirak gegen die jesidische Selbstverwaltung Shingals beteiligt haben. Ab Januar 2018 wurde das türkische Heer im Rahmen der Operation „Olivenzweig“ im syrischen Afrin eingesetzt und ab 2019 im Rahmen der Operation „Friedensquelle“. Der Türkei wurde eine Teilkontrolle über die Provinz Idlib gewährt, in der die verbleibende bewaffnete Opposition stationiert ist.

Laut IISS-Daten verringerte sich der Bestand des türkischen Heeres im Jahr 2022 um rund 2.000 vormals eingelagerte Schwere Kampfpanzer (M48A5), 250 Aufklärungsfahrzeuge und rund 5.000 Artilleriegeräte und stieg um rund 200 Panzerabwehrwaffen sowie rund 150 gepanzerte Mannschaftstransporter. Bis Ende 2023 wurden u. a. 40 weitere Kampfdrohnen (Bayraktar TB2 und Akinci) in Dienst gestellt.

Tabelle 8
Marine

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
U-Boote	13	Alles deutsche Modelle
Fregatten	17	
Patrouillenboote	50	
Davon Korvetten	9	
Minenboote	11	
Amphibienfahrzeuge	45	
Logistik und Unterstützung	37	

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Unbemannte Seefahrzeuge	Mehr als 14	Über- und Unterwasserdrohnen

Quelle: IISS Military Balance 2025

Box 2

Weitere Marineeinheiten

Marineinfanterie:

25 amphibische Angriffsfahrzeuge

2 Bergepanzer

Marineflieger:

33 Hubschrauber zur U-Boot-Abwehr

10 Kampfhubschrauber

7 Transportflugzeuge

6 Seefernaufklärungsflugzeuge

6 Flugzeuge zur U-Boot-Abwehr

22 Drohnen (alle kampffähig)

Einige Bomben und Raketen

Quelle: IISS Military Balance 2025

Kommentar

Die Marine ist die kleinste Teilstreitkraft des türkischen Militärs, konnte aber in den letzten Jahren durch eine Bandbreite an Operationen ihre internationale Bedeutung erhöhen. So wurde die Zusammenarbeit mit den Seestreitkräften aus Deutschland, den Niederlanden, dem Vereinigten Königreich, Griechenland, Italien, Spanien, Belgien und den USA durch die Beteiligung der türkischen Marine an der Standing NATO Maritime Group 2 (seit 2013) und der Standing NATO Response Force Mine Countermeasures Group 2 (SNMCMG2, seit 2010) gestärkt, in deren Verbund die türkische Marine auch teils zu den NATO-Operationen Active Endeavor (z. B. 2009, 2012) und Ocean Shield (z. B. 2009, 2014) beitrug. Außerhalb der NATO beteiligt sich die türkische Marine seit 2010 an der vom UN-Sicherheitsrat mandatierten Combined Task Force 151 im Kampf gegen Piraterie vor Somalia. Zudem ist die Türkei seit 2006 Teil des Marineeinsatzverbandes der United Nations Interim Force in Lebanon (UNIFIL).

Die Rolle der Marine im Mittelmeer und Schwarzen Meer wird weiterhin ausgebaut. Auch wenn die Kooperation zwischen den Staaten am Schwarzen Meer durch den Krieg in der Ukraine beeinträchtigt wird, verfolgt die Türkei eine Strategie der regionalen Kooperationen am Schwarzen Meer. Beispielhaft sind hier die türkisch initiierte Black Sea Naval Cooperation Task Group (BLACKSEAFOR) zwecks Sicherheitsgewährleistung und humanitärer Einsätze und die zunächst nationale, mittlerweile aber multilaterale Operation Black Sea Harmony zur Terrorismusbekämpfung zu nennen.

Die Marine ist einer der Hauptempfänger der lokalen Rüstungsindustrie geworden. Derzeit finden Seeerprobungen eigens entwickelter unbemannter, bewaffneter Kampfschiffe statt. Die 12 Schiffe der U-Boot-Flotte stammen alle entweder aus Deutschland oder wurden unter deutscher Lizenz produziert. So wurden die U-Boote der Klasse 209/1400 unter Lizenz

des Herstellers Howaldtswerke Deutsche Werft (HDW) von 1994 bis 2007 in der Türkei gefertigt. Zudem baut die Türkei aktuell sechs U-Boote mit Außenluftunabhängiger Antriebsanlage des Typs 214 unter deutscher Lizenz, von denen das erste im März 2021 vorgestellt wurde. Die ersten U-Boote der Klasse Atilay wurden in den 1970er Jahren durch die HDW und durch die türkischen Gölcük Naval Shipyard produziert.

Tabelle 9
Luftwaffe

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Jagdflugzeug	14	
Jagdbomber	279	
Aufklärungsflugzeuge	10	Sieben ISR und drei SIGINT
Flugzeuge zur elektronischen Kriegsführung	1	
AWACS	4	
Tankflugzeuge	7	
Ausbildungsflugzeuge	173	
Transportflugzeuge	79	Davon 1 Passagierflugzeug
Transporthubschrauber	37	
Luftabwehr	Mehr als 58	u. a. MIM-14 Nike Hercules; Rapier
Drohnen	57	Kampfdrohnen (Anka-S und Akinci) und Aufklärungsdrohnen (Heron, Gnat 750)
Raketen	Einige	u. a. Sidewinder; Sparrow; Maverick

Quelle: IISS Military Balance 2025

Kommentar

Die türkische Luftwaffe gilt als gut ausgestattet und trainiert. Es sind diverse größere Anschaffungsvorhaben in Planung, allerdings kommt es immer wieder zu Verzögerungen, z. B. bezüglich eines militärischen Satelliten. 2014 wurde die Luftwaffe umstrukturiert, laut Präsident Erdoğan um – vor dem Hintergrund der Situation in Syrien und der allgemein zunehmend instabilen Lage im weiteren Mittleren Osten – die Abschreckungspotenziale zu erhöhen. So wurden mehrere Einheiten unter das gleiche Kommando gestellt.

Seit Juli 2015 flog die Luftwaffe Angriffe auf den IS in Syrien. Kurz nach dem ersten Angriff auf IS-Ziele wurde sie auch dazu eingesetzt, Luftangriffe gegen die PKK zu fliegen. Innerhalb weniger Tage wurden im Nordirak und im Norden Syriens hunderte PKK bzw. PYD -Stellungen getroffen. Die Luftangriffe gegen die PKK und ihre Schwesterorganisation in Syrien

wurden seitdem regelmäßig wiederholt. So bombardierte die türkische Luftwaffe beispielsweise im April 2017 das nordirakische Shingal sowie eine Gebirgsregion in Nordostsyrien, wobei neben Kämpfer:innen der mit den USA kooperierenden YPG auch Medienvertreter:innen getötet wurden. Ferner wurde ein YPG-Stützpunkt in Nordsyrien getroffen. Im Sommer 2017 wurden mehrfach kurdisch dominierte Gebiete in Nordsyrien angegriffen, auch um die de-facto-Autonomie des von der PYD (Partiya Yekitiya Demokrat, deutsch: Partei der Demokratischen Union), einer Schwesterpartei der PKK, beherrschten Gebietes zu beenden. Die Militäroperation in Afrin im Januar 2018 begann die Türkei mit einem schweren Luftbombardement, bei dem 72 Kampfflugzeuge zum Einsatz kamen. Diese Angriffe setzen sich bis heute fast durchweg fort. So greift die Türkei seit Oktober 2023 fast täglich mit Hilfe von Drohnen und Kampfflugzeugen Militärposten der kurdischen YPG und PKK, aber auch die zivile Infrastruktur im Nordosten Syriens an.

In den letzten Jahren hat die Türkei auch eine umfassende Drohnenflotte aus Eigenproduktionen aufgebaut (Kampfdrohnen vornehmlich Bayraktar TB2 und Anka-S). Sie soll auch Hunderte unbewaffnete Modelle umfassen. Zusätzlich ist die Türkei derzeit dabei ein eigenes Kampfflugzeug der fünften Generation unter dem Namen Kaan zu bauen, welches die im Einsatz befindlichen F-16 ersetzen soll. Hersteller ist die Turkish Aerospace Industries, welche seit 2017 mit dem britischen Rüstungsunternehmen BAE Systems kooperiert. Im Jahr 2024 fand der Jungfernflug statt, die Auslieferung der ersten Flugzeuge ist auf 2028 terminiert. Derzeit wird das Projekt vor allem dadurch behindert, dass die bisher genutzten F110-GE-129 Triebwerke von General Electric durch in der Türkei hergestellte Triebwerke der Firma TRMotor ersetzt werden sollen. Nachdem ursprünglich die deutsch EUROJET Turbo GmbH – Entwickler des im Eurofighter genutzten EJ200-Triebwerks – an der Entwicklung beteiligt werden sollte, scheint sich dies inzwischen zerschlagen zu haben.

Box 3

Paramilitärische Einheiten

Gendarmerie:

Mehr als 57 Aufklärer

Mehr als 760 gepanzerte Mannschaftstransporter

Einige gepanzerte Nutzfahrzeuge

Einige selbstfahrende Mörser (120mm)

2 Transportflugzeuge

Einige Aufklärungsflugzeuge

13 Kampfhubschrauber

19 Mehrzweckhubschrauber

36 Transporthubschrauber

42 Drohnen (kampffähig)

Einige lasergesteuerte Bomben

Küstenwache:

197 Patrouillenboote

3 Seefernaufklärungsflugzeuge

14 Mehrzweckhubschrauber

6 Drohnen (kampffähig)

Quelle: IISS Military Balance 2025

Box 4

Peacekeeping

Bosnien und Herzegowina (EUFOR): 238 Soldat:innen

Irak (NATO Mission Iraq): 86 Soldat:innen

Libanon (UNIFIL): 92 Soldat:innen

Somalia (UNSOM): 1 Soldat:in

Quelle: IISS Military Balance 2025

Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft

Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft durchläuft etwa seit 2003 und insbesondere seit dem gescheiterten Putschversuch im Juli 2016 einen bedeutenden Wandel. Traditionell nahm das Militär seit der Gründung der türkischen Republik 1923 eine sehr bedeutende Stellung ein, was historisch auf seinen Einfluss auf die Entstehung der Republik zurückzuführen ist. So sah es sich seit Staatsgründung durch Mustafa Kemal Atatürk stets als Wächter seines Erbes und der Verfassung, welche eine strikte Trennung von Staat und Religion vorsieht. Die Streitkräfte dienten der Verteidigung der Türkei, nicht nur gegen äußere, sondern auch gegen innere Feinde. Das Militär putschte seit 1923 viermal (1960, 1971, 1980 und 2016). In allen drei Fällen wurde dies durch breite Teile der türkischen Bevölkerung befürwortet. Zudem erzwang das Militär 1997 den Rücktritt des damaligen Ministerpräsidenten Necmettin Erbakan. Das Militär gab eine Reihe von "Empfehlungen" ab, die die Regierung akzeptieren musste; seine Wohlfahrtspartei wurde daraufhin aufgelöst. Diese Entwicklung wird oft als „sanfter Putsch“ bezeichnet und demonstrierte erneut die Macht des Militärs. Der jüngste Putschversuch geschah im Jahr 2016 (siehe weiter unten).

Der erste Putsch erfolgte am 17. Mai 1960 gegen den damaligen Ministerpräsidenten Adnan Menderes, welcher später gemeinsam mit zwei weiteren Ministern hingerichtet wurde. Als Gründe nannten die beteiligten Offizier:innen islamische Tendenzen des Ministerpräsidenten und somit einen Verstoß gegen die laizistische Verfassung. Zudem wurde ihm eine Bevorzugung der Kurd:innen vorgeworfen. Bis zum November 1961 übernahm der General Cemal Gürsel als vierter Präsident die Macht in der Türkei, er implementierte eine neue demokratische Verfassung und übergab die Macht schließlich an eine zivile Regierung. Am 12. März 1971 putschte das Militär zum zweiten Mal, und zwar gegen den damaligen Ministerpräsidenten Süleyman Demirel, der daraufhin zurücktrat. Laut der geschlossen agierenden Armeeführung sei dies aufgrund von anarchischen Zuständen im Land notwendig geworden. Zuvor hatte es eine Serie von Anschlägen und Unruhen durch Linksextremist:innen gegeben, welche auch auf die Formierung eines Einparteienstaates in der Türkei abzielten. In den Jahren nach dem Putsch wurde die Macht von zivilen, aber durch das Militär kontrollierten Übergangsregierungen übernommen. 1975 kam Demirel erneut an die Macht. Am 12. September 1980 wurde abermals gegen ihn geputscht, dieses Mal aufgrund von gewaltsamen Unruhen und Aktivitäten durch rechte und linke Gruppierungen im Land. Das Militär übernahm die Macht und verhängte das Kriegsrecht, dessen Folgen politische Inhaftierungen, Partei- und

Gewerkschaftsverbote, Folter und zahlreiche Todesurteile waren. 1982 wurde eine neue Verfassung beschlossen, die in ihren Grundzügen noch heute Gültigkeit besitzt. Von 1983 bis 1989 wurde die Regierungsmacht langsam wieder an Zivilist:innen übergeben, jedoch sicherte sich das Militär dauerhaft mehr politischen Einfluss.

Nachdem die AKP 2002 an die Macht gekommen war, schränkte die AKP-Regierung unter Erdoğan den Einfluss des Militärs durch Reformen ein. Dies geschah einerseits in Vorbereitung auf den EU-Beitrittsprozess, andererseits auch im Eigeninteresse der türkischen Regierung. Da ihr die Streitkräfte der laizistischen Verfassung widersprechende Islamisierungsbestrebungen vorwarfen, sah Erdoğan im Militär eine potenzielle Gefahr. Im Zuge der Reformen besetzte er Schlüsselrollen mit regierungsnahen Personen, sodass der hohe Grad an politischer Autonomie des Militärs eingeschränkt wurde. 2007 wurden bei Razzien durch die Staatsanwaltschaft in Häusern mutmaßlicher Mitglieder des Geheimnetzwerkes „Ergenekon“ in Istanbul Handgranaten und Sprengstoff entdeckt. Ziel des Netzwerkes soll ein Militärputsch gegen die AKP-Regierung gewesen sein. Infolge der Aufdeckung wurden zahlreiche hochrangige Mitglieder des Militärs verhaftet und höhere Offizier:innen verurteilt. Ab 2011 wurden die Kontrollbefugnisse des Rechnungshofes und des Parlamentes über die finanziellen Mittel des Militärs gestärkt und eigenmächtige, militärisch initiierte Sicherheitsermittlungen unmöglich gemacht. Die Einschränkung der Macht des Militärs wurde in der Bevölkerung und der Politik der Türkei zum Teil sehr begrüßt.

Allerdings zeigt sich gegenwärtig, dass mit diesem Prozess keineswegs eine Stärkung der demokratischen Institutionen einhergeht. Vielmehr zeugen die Unklarheiten des Putschversuches in der Nacht vom 15. auf den 16. Juli 2016 von politischen Machtkämpfen, die zwischen verschiedenen politischen Lagern und dem Militär ausgefochten werden. Vieles deutet darauf hin, dass der Putsch nicht wie die vorherigen durch den Generalstab initiiert wurde, sondern durch einzelne General:innen. Die türkische Regierung macht die Gülen-Bewegung für den gescheiterten Staatsstreich verantwortlich, die das Militär teilweise unterwandert habe und die Macht im Staat übernehmen wolle. Zwar gibt es für die Putschinitiative Gülens keine stichhaltigen Beweise, doch lassen Aussagen von Zeug:innen und andere Indizien eine Teilunterwanderung des Militärs durch Anhänger:innen der Gülen-Bewegung nicht unplausibel erscheinen. Der Putschversuch scheiterte aufgrund der niedrigen Beteiligung und des Widerstandes in der Bevölkerung sowie durch das Eingreifen der Polizei. In Folge des gescheiterten Putschversuches kam es zu tausenden [Entlassungen](#) und Festnahmen, nicht nur von hochrangigen Militärs (17.884), sondern auch von Personal u. a. aus Justiz (7.220), Bildungsinstitutionen (34.228) und Medieneinrichtungen. Wie die regierungsnahen Tageszeitung *Sabah* berichtet, wurden insgesamt 29.444 Militärangehörige aus den türkischen Streitkräften, der Gendarmerie und der Küstenwache entlassen, nachdem der Putschversuch gescheitert war. Weitere 3.310 Soldat:innen wurden beurlaubt und 1.632 wurden bis zum Abschluss der Untersuchungen suspendiert. Den Betroffenen gegenüber wird der Generalvorwurf erhoben, der Gülen-Bewegung nahestehen. Erkennbar ist hierin der Versuch seitens der Regierung den politischen Einfluss des Militärs erheblich einzuschränken. Der Kompetenzbereich des Generalstabes wurde dadurch beschnitten, dass die Einheiten der Streitkräfte direkt dem Verteidigungsministerium unterstellt wurden, während die Gendarmerie und die Küstenwache dem Innenministerium angegliedert wurden. Der Nationale Sicherheitsrat wurde mehrheitlich zivil besetzt. Aufgrund dieser personellen Veränderungen vermuten einige Beobachter:innen, dass sich religiös-konservative Strömungen zunehmend auch im türkischen Sicherheitssektor durchsetzen werden. Dazu wurde die gesamte militärische Infrastruktur umstrukturiert. Die Land-, See- und Luftstreitkräfte wurden unter die Kontrolle des

Verteidigungsministeriums unterstellt. Militärische Hochschulen wurden ebenfalls abgeschafft, und die Offiziere und Offiziersanwärter wurden stattdessen aus zivilen Gymnasien, einschließlich islamischer Schulen (Imam Hatip), rekrutiert. Die Militärakademien wurden durch die Nationale Verteidigungsuniversität ersetzt, die unter der Aufsicht des für nationale Bildung untersteht. Militärkrankenhäuser unterstellte man dem Ministerium für Verwaltung des Gesundheitsministeriums.

Zudem verfolgt die AKP unter Präsident Erdoğan den außenpolitischen Ansatz der strategischen Autonomie der im Wesentlichen auf einer Stärkung der eigenen Rüstungsindustrie und dem Einsatz der Streitkräfte zur Sicherung des türkischen – unabhängig von Akteuren wie EU und NATO oder USA – Einflusses in der Region. Die Regierung sieht die Armee als nützlich für die Außenpolitik, nicht aber für innenpolitische Krisen. Nach Erdoğan's Wiederwahl im Jahr 2023 legte er eine Vision für geopolitischen Einfluss durch zentralisierte militärische Macht dar. Dazu gehören Projekte zur Landesverteidigung, die vom Präsidialamt geplant, finanziert und überwacht werden, wie Kampfflugzeuge der fünften Generation, Drohentechnologien, die Entwicklung von Schiffen und Panzern sowie Luftverteidigungssysteme.

Laut jüngsten Ergebnissen des [World Values Survey](#) (Erhebungszeitraum 2017-2022) vertraut die große Mehrheit der türkischen Bevölkerung dem Militär. So gaben 46,6 Prozent an, sie hätten sehr großes Vertrauen, und 38,5 Prozent, sie hätten großes Vertrauen in die Streitkräfte.

Polizei und andere Sicherheitskräfte

Tabelle 10

Ausgaben für öffentliche Ordnung und Sicherheit der Zentralregierung, gemessen am BIP (in %)

	2019	2020	2021	2022	2023
Ausgaben öffentliche Ordnung / Sicherheit	2,0	2,1	1,6	1,4	1,6

Quelle: IMF Government Finance Statistics.

<https://legacydata.imf.org/regular.aspx?key=61037799>

Kommentar

Die türkische Polizei ist dem Innenministerium untergeordnet und weist eine sehr zentralisierte Struktur auf. Die Führung der Polizei, der:die Generaldirektor:in für Sicherheit, ist durch den:die Innenminister:in bestellt und ihm oder ihr gegenüber rechenschaftspflichtig. Dem:der Generaldirektor:in unterstehen 80 Provinzen, welchen jeweils ein:e Vier-Sterne-Direktor:in vorsteht. Diese:r ist für die Ausrichtung der Polizeiarbeit und grundlegende Entscheidungen verantwortlich. Durch die polizeiliche Rechenschaftspflicht gegenüber dem Innenministerium untersteht die Polizei der Kontrolle der jeweiligen Regierungspartei. Nach Regierungswechseln ist es deshalb üblich, das Personal auf den Führungspositionen auszuwechseln. Die Politik und die Polizeiarbeit sind eng miteinander verknüpft. Bei regierungskritischen Demonstrationen ist die Polizei in den letzten Jahren vermehrt gewaltsam gegen

Demonstrierende vorgegangen. Als Gegengewicht zum Militär ist die türkische Polizei vergleichsweise schwach. Verschiedene Regierungen hatten mehrfach den Versuch unternommen, die Polizei und damit auch die eigene Macht gegenüber dem Militär zu stärken. Doch erst der Regierung Erdoğan gelang dies teilweise. So wurde in Folge des versuchten Putsches 2016 der Gülen-Bewegung vorgeworfen, eine Unterwanderung der Polizei eingeleitet zu haben. Dies hatte eine Entlassungswelle bei der Polizei zur Folge, bei der im April 2017 9.000 türkische Polizist:innen suspendiert wurden. Die Unterwanderung von Polizei und Justiz durch die Gülen-Bewegung wird allerdings auch durch westliche Sicherheitsstellen vermutet. Denn bis 2013 kooperierten Erdoğan und Gülen, der bis dahin für die Polizeireform zuständig war und dessen Anhänger:innen vermehrt dort arbeiteten. Die religiöse Lehre und die Ideen des islamischen Predigers Fethullah Gülen wirken über ein breites Netzwerk aus Vereinen und Privatschulen sowohl innerhalb der Gesellschaft der Türkei, als auch außerhalb des Landes. Sein Einfluss, u. a. in Polizei und Sicherheitsapparat des Landes, begleitete den Aufstieg der AKP in der Türkei über einige Jahre, ab 2010 kam es jedoch zu abweichenden Interessen im Verhältnis der beiden Seiten und schließlich zum Machtkampf, der 2013 im offenen Konflikt resultierte.

Ergebnissen des [World Values Survey](#) aus dem Jahr 2018 zufolge vertraut eine große Mehrheit der türkischen Befragten der Polizei (insgesamt 83,6 Prozent). Dem hingegen gaben nur insgesamt 15,6 Prozent der Befragten an, wenig bis gar kein Vertrauen in die Polizei zu besitzen.

Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Bewertung auf Grundlage der [BICC-Datenbank](#)

Kriterium	Bewertung
1. Einhaltung internationaler Verpflichtungen	Nicht kritisch
2. Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	Kritisch
3. Innere Lage im Empfängerland	Kritisch
4. Erhalt von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	Kritisch
5. Bedrohung von Alliierten	Möglicherweise kritisch
6. Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	Möglicherweise kritisch
7. Unerlaubte Wiederausfuhr	Möglicherweise kritisch
8. Wirtschaftliche und technische Kapazitäten des Landes	Nicht kritisch

Quelle: Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC): Rüstungsexport-Datenbank (ruestungsexport.info).

Einhaltung internationaler Verpflichtungen

Tabelle 11

Mitgliedschaft in Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Chemiewaffen-Protokoll von 1928	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Partieller atomarer Teststopp Vertrag von 1963	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Weltraumvertrag von 1967	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Non-Proliferationsvertrag für Nuklearwaffen von 1970	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden von 1972	Beigetreten (mit Einschränkung)	SIPRI Jahrbuch
Biologie- und Toxinwaffen-Konvention von 1975	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken von 1978	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	SIPRI Jahrbuch

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen von 1983	Beigetreten (mit Einschränkung)	SIPRI Jahrbuch
Chemiewaffen-Konvention von 1997	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Anti-Personenminen-Konvention (Ottawa Vertrag) von 1999	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Übereinkommen über Streumunition von 2010	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Der Internationale Waffenhandelsvertrag von 2014	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	SIPRI Jahrbuch
Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) von 2021	Nicht beigetreten	https://treaties.un.org

Kommentar

Die Türkei ist fast allen zentralen Abrüstungsverträgen beigetreten, jedoch nicht dem Übereinkommen über Streumunition von 2010. Das Land hat im April 2021 gegenüber dem Präsidenten der 10. Sitzung der Vertragsparteien der Konvention über Streubomben, Aidan Liddle, erklärt, dass es seit 2005 keine Streubomben mehr nutzt oder herstellt. Mit dem Nichtbeitritt behält das Land sich das Recht dazu aber weiterhin für den Kriegsfall vor und hat dieses Rüstungsgut zumindest im Jahr 2007 aus der Slowakei importiert sowie 2006/2007 an die Vereinigten Arabischen Emirate geliefert. Laut US Medien lieferte die Türkei Streumunition an die Ukraine. Diese Vorwürfe wies die türkische Regierung zurück, obwohl Bilder im Internet bestätigten, dass ukrainische Streitkräfte 155mm M483A1 Streumunition nutzten. Zudem gibt es nicht verifizierte Hinweise darauf, dass die Türkei im Kampf gegen die PKK im Südosten des Landes Streubomben eingesetzt hat. 2010 wurden zudem Vorwürfe laut, dass die Türkei in diesem Konflikt auch Chemiewaffen eingesetzt habe. Ein rechtsmedizinisches Gutachten des Hamburger Universitätsklinikums bestätigte auf Grundlage von Fotos, dass acht darauf abgebildete Personen höchstwahrscheinlich durch chemische Substanzen getötet wurden.

Zwar ist die Türkei dem Ottawa-Vertrag von 1999 beigetreten, jedoch hat das Land seinen Zeitplan zur Räumung seines Gebietes von Anti-Personenminen und zur Vernichtung seiner Minenbestände nicht eingehalten. Im [Landmine Monitor 2024](#) soll das Land noch 5.719 Anti-personenminen besitzen und mehr als 100 Quadratkilometer sind weiterhin kontaminiert, besonders in den Grenzregionen zu Armenien, Iran, Irak und Syrien.

EU-Sanktionen gegen die Türkei wurden 2016 vom luxemburgischen Außenminister Asselborn aufgrund der Verhaftungswelle und Menschenrechtslage nach dem versuchten Putsch ins Spiel gebracht, jedoch nicht beschlossen. Der Nationalrat Österreichs stimmte Ende 2016 für ein Waffenembargo gegen die Türkei, was sich auf die Genehmigungspolitik der Regierung jedoch nur empfehlend auswirkt. Trotzdem führte es dazu, dass ein Vertrag zwischen Tümosan und dem österreichischen Unternehmen AVL zur Produktion von Triebwerken für den türkischen Kampfpanzer Altay durch das türkische Unternehmen in Reaktion auf den Beschluss des Nationalrates aufgekündigt wurde. Unter anderem deswegen legte die Türkei 2017 ihr Veto bezüglich Partnerprogrammen der NATO mit Österreich ein. Deutschland hat nach dem Einmarsch türkischer Truppen in Syrien Oktober 2019 zwar einen partiellen Rüstungsexportstopp gegen die Türkei erlassen, jedoch gilt dieser nur für Rüstungsgüter,

die im Krieg in Syrien eingesetzt werden können, weswegen bspw. Rüstungsgüter für den maritimen Bereich weiter geliefert werden.

Achtung der Menschenrechte im Empfängerland

Tabelle 12

Mitgliedschaft in UN-Menschenrechtsabkommen

Abkommen	Status	Quelle
Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, 1969	Beigetreten (mit Einschränkungen)	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, 1976	Beigetreten (mit Einschränkungen)	http://treaties.un.org
Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), 1981	Beigetreten (mit Einschränkungen)	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum CEDAW, 2000	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, 1987	Beigetreten (mit Einschränkungen)	http://treaties.un.org
Übereinkommen über die Rechte des Kindes, 1990	Beigetreten (mit Einschränkungen)	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten, 2002	Beigetreten (unter Vorbehalt)	http://treaties.un.org

Box 5

Auszug aus dem Länderbericht des US-amerikanischen Außenministeriums zur Menschenrechtspraxis für 2023

Restrictions on freedoms of assembly, association, and expression prior to the May presidential and parliamentary elections were a significant development during the year that negatively affected the state of human rights in Turkey. Organization for Security and Cooperation in Europe observers reported citizens were able to express their right to vote freely among genuine political alternatives but expressed concerns regarding media bias and restrictions on freedoms of assembly, association, and expression, which created an uneven playing field and contributed to an unfair advantage for the incumbent. Significant human rights issues included credible reports of: enforced disappearance; torture or cruel, inhuman, or degrading treatment or punishment by the government or on behalf of the government; arbitrary arrest or detention; serious problems with the independence of the judiciary; political prisoners or detainees; transnational repression against individuals in another country; serious restrictions on freedom of expression

and media freedom, including violence and threats of violence against journalists, unjustified arrests or prosecution of journalists, censorship, or enforcement or of threat to enforce criminal libel laws to limit expression; serious restrictions on internet freedom; substantial interference with the freedom of peaceful assembly and freedom of association, including overly restrictive laws on the organization, funding, or operation of nongovernmental and civil society organizations; restrictions on freedom of movement and residence within the territory of a state and on the right to leave the country; refoulement of refugees to a country where they would face torture or persecution, including serious harms such as a threat to life or freedom or other mistreatment that would constitute a separate human rights abuse; serious government restrictions on or harassment of domestic and international human rights organizations; extensive gender-based violence, including domestic or intimate partner violence, sexual violence, workplace violence, child, early, and forced marriage, female genital mutilation/cutting, femicide, and other forms of such violence; crimes involving violence or threats of violence targeting members of national/racial/ethnic groups such as refugees and Kurdish minorities; and crimes involving violence or threats of violence targeting lesbian, gay, bisexual, transgender, queer, or intersex persons. The government took limited steps to identify and punish some officials who may have committed human rights abuses. Clashes between security forces and the Kurdistan Workers' Party terrorist organization and its affiliates continued and resulted in the injury or death of security forces, terrorists, and civilians. The government did not release information on efforts to investigate or prosecute personnel for wrongful or inadvertent deaths of civilians linked to counterterrorism operations.

Quelle: United States Department of State, Country Report on Human Rights Practices 2023
<https://www.state.gov/reports/2023-country-reports-on-human-rights-practices/turkey/>

Box 6

Auszug aus dem Jahresbericht von Amnesty International 2025

The executive's interference with the judiciary deepened. Binding Constitutional Court rulings were ignored despite jurisprudence, and European Court of Human Rights judgments were not implemented in several emblematic cases. Baseless investigations, prosecutions and convictions of human rights defenders, journalists, opposition politicians and others persisted. The rights to freedom of peaceful assembly and association were unlawfully restricted. Violence against women and girls remained widespread. The country continued to host large numbers of refugees and migrants; some remained at risk of unlawful return. Victims of human rights violations by state officials continued to face a culture of impunity. Türkiye's overall climate policies were assessed as "critically insufficient".

Quelle: Amnesty International Report April 2025
<https://www.amnesty.org/en/documents/pol10/8515/2025/en/>

Box 7

Bewertung bürgerlicher und politischer Rechte durch Freedom House 2025

Bewertung für die Türkei auf einer Skala von 0 für völlig unfrei bis 100 für völlig frei:

Bürgerliche Rechte: 17/60

Politische Rechte: 16/40

Gesamtbewertung: Nicht frei (33/100)

Die Bewertung durch Freedom House ist subjektiv, sie beruht auf dem Urteil von Expert:innen, deren Namen von Freedom House nicht bekannt gemacht werden.

Box 8

Auszug aus dem Länderbericht von Freedom House 2025

President Recep Tayyip Erdoğan, whose Justice and Development Party (AKP) has ruled Turkey since 2002, has become increasingly authoritarian over the past decade, consolidating power through constitutional changes and the imprisonment of political opponents, independent journalists, and members of civil society. The AKP has responded to recent economic challenges and municipal election defeats by intensifying its efforts to suppress dissent and limit public discourse.

Quelle: <https://freedomhouse.org/country/turkey/freedom-world/2025>

Kommentar

Obwohl die Türkei allen UN-Menschenrechtsabkommen beigetreten ist, werden diese in vielen Fällen nicht eingehalten. Zudem hat die Türkei die Abkommen meist vor der Unterzeichnung eingeschränkt. So merkte sie zum Beispiel zum Internationalen Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung an, dies nur bezüglich Staaten umzusetzen, zu denen sie diplomatische Beziehungen pflege. Innerhalb der Türkei soll das Abkommen nur in Gebieten angewandt werden, in denen die türkische Verfassung gilt, also nicht in den Rückzugsgebieten der PKK. Des Weiteren behält sich die Regierung ihre Zustimmung als Bedingung für Strafverfahren, in welche sie selber involviert ist, vor. Ähnliche Einschränkungen gelten für den Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte und den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte.

Die Menschenrechtslage der Türkei hat sich in den vergangenen Jahren massiv verschlechtert, insbesondere mit Blick auf die politischen Bürgerrechte. Hauptopfer waren nicht nur Kurd:innen, sondern auch Gülenist:innen und liberale Reformer. Schon im Jahr 2010 stellte „Reporter ohne Grenzen“ fest, dass eine hohe Anzahl an Journalist:innen in der Türkei inhaftiert war. Bei den Gezi-Park-Protesten im Jahr 2013 beantwortete der Staat friedliche Demonstrationen mit übermäßiger Gewalt. Bei den folgenden, wochenlangen Demonstrationen im gesamten Land gab es tausende Verletzte und acht Menschen starben. 2014 erweiterte eine Reform die Befugnisse des türkischen Geheimdienstes (MIT). Kritische Meinungsäußerungen durch Journalist:innen und politisch aktive Bürger:innen wurden im Zuge dieser Entwicklungen zunehmend strafrechtlich verfolgt. Die Parlamentswahlen am 07. Juni 2015 brachten tiefgreifende Veränderungen: Die AKP verlor ihre absolute Mehrheit und die prokurdische HDP zog mit 13 Prozent in das Parlament ein. Dies führte vor dem Hintergrund der ohnehin angespannten Lage in den Friedensverhandlungen dazu, dass der Friedensprozess zwischen der türkischen Regierung und der PKK erfolglos beendet wurde (siehe: Kapitel zur [inneren Lage](#)). Ab Juli 2015 führte dies zum erneuten Ausbruch massiver Gewalt im Südosten der Türkei. Hierdurch wiederum verschlechterte sich die Bürgerrechtslage im Land weiter, insbesondere für die kurdische Bevölkerung in den südöstlichen Gebieten. Die bürgerlichen Rechte wurden durch ein sehr weit gefasstes Anti-Terror-Gesetz eingeschränkt, das primär als Grundlage für Inhaftierungen und Einschränkungen von politischen Rechten dient. Es wurde wiederholt von Folter und Vertreibungen von Kurd:innen berichtet. Im Dezember 2016 warf Amnesty International der Türkei die Vertreibung der kurdischen Bevölkerung aus dem

Südosten des Landes sowie Unverhältnismäßigkeit im Kampf gegen die PKK vor. Nach dem Putschversuch vom 15./16. Juli 2016 wurde der Ausnahmezustand verhängt, seither mehrfach verlängert und erst im Juli 2018 aufgehoben. Dieser erlaubte es dem Staatspräsidenten über einen Zeitraum von zwei Jahren ohne Zustimmung des Parlamentes Dekrete zu erlassen. Außerdem wurde er als Rechtfertigung genutzt, Grundrechte wie die Versammlungs-, Presse- und Bewegungsfreiheit zusätzlich einzuschränken. Zahlreiche Journalist:innen wurden verhaftet, rund 200 Medienorgane geschlossen und Presseausweise annulliert. Diese Situation hat sich auch seit Juli 2018 nicht verbessert. Regierungskritiker:innen und Menschenrechtsaktivist:innen werden weiterhin unter Terrorverdacht gestellt und inhaftiert. Vielfach wird den Inhaftierten auf unbestimmte Zeit kein rechtliches Verfahren gewährt, sodass sie ohne Anklage in Haft verweilen. Human Rights Watch geht davon aus, dass circa 8.500 Menschen Ende 2019 wegen des Verdachts auf Verbindungen zur PKK inhaftiert waren – darunter gewählte Politiker:innen und Journalist:innen. Berichte von Folter, Misshandlung und brutaler Behandlung in militärischem und polizeilichem Gewahrsam mehren sich. So wurden beispielsweise am 26. Mai 2019 mehrere ehemalige Diplomaten gefoltert, während sie sich in Haft befanden. Der Foltervorfall wurde der Öffentlichkeit zuerst vom HDP-Abgeordneten und Menschenrechtsanwalt Ömer Faruk Gergerlioğlu mitgeteilt. Zusätzlich zu diesen Menschenrechtsverletzungen hat das erzwungene Verschwinden in der Türkei wieder zugenommen. Mehr als zwei Dutzend Menschen wurden in den letzten fünf Jahren von Regierungsvertretern entführt und verschwanden gewaltsam für viele Monate. [Human Rights Watch](#) hat 16 solcher Fälle zwischen 2017 und 2020 untersucht. Seit dem erfolgreichen Verfassungsreferendum für die Einführung eines Präsidialsystems am 16. April 2017 betonte Erdoğan wiederholt auch seine Bestrebungen, die Todesstrafe, ggf. qua Referendum, wiedereinzuführen. Zuletzt brachte er diese im Jahr 2022 im Zuge der Waldbrände und aufgrund mutmaßlicher Brandstiftung ins Spiel. Von den vermehrten Verhaftungen und unklaren Haftbedingungen in der Türkei sind auch ausländische, einschließlich deutscher, Staatsbürger:innen betroffen, wobei teilweise der völkerrechtlich festgelegte konsularische Zugang nicht oder mit erheblicher Verzögerung gewährt wird. Im Rahmen der COVID-19-Pandemie wurden hunderte Menschen wegen „Panikmache“ in Posts auf Social Media inhaftiert; Human Rights Watch betont, dass einige der Posts regierungskritisch waren. Nach der Wiederwahl Erdoğan hält er an seinem autoritären Regierungsstil fest, unabhängige Presse einzuschränken, Oppositionelle zu verfolgen und Kritiker:innen mittels Gerichtsverfahren zum Schweigen zu bringen.

Femizide und Gewalt gegen Frauen ist ein zunehmendes Problem in der Türkei. Kritiker:innen unterstellen der Regierung gewalttätige und übergriffige Männer zu schützen. 2023 starben laut We Will Stop Femicide Platform (Kadın Cinayetlerini Durduracağız Platformu) mindestens 315 durch Männer und 248 starben unter auffälligen Umständen. Im Gender Inequality Index der UN liegt die Türkei auf Platz 63 von 166. Die Indexwerte nehmen seit Anfang der 2000er konstant ab. Gerade mal 17,4% der Plätze im Parlament sind durch Frauen besetzt und gerade mal 35,1% der Frauen über 15 Jahren im Vergleich zu 71,4% der Männer über 15 Jahren sind auf dem Arbeitsmarkt tätig.

Innere Lage im Empfängerland

Box 9

Politisches System; Auszug aus dem Transformationsatlas 2024 der Bertelsmann Stiftung

As the Turkish Republic reaches its 100th year, it faces three significant challenges: the consolidation of autocratic rule, an overly centralized yet inefficient governance system and a fragile economy. The process of autocratization in Türkiye has resulted in a repressive political environment. Although the state of emergency imposed following the 2016 coup attempt was lifted in July 2018, many restrictive measures have been incorporated into ordinary legislation. The deterioration of the rule of law, erosion of fundamental freedoms and shrinking media independence are evident. Amendments to the constitution and the shift to a presidential system have significantly undermined core democratic principles. The systematic suppression of dissenting voices persists, as evidenced by the Constitutional Court's decision in June 2021 to consider the dissolution of the Peoples' Democratic Party (HDP) and the special investigation into hundreds of Istanbul municipal government staff for alleged links to terrorist groups in December 2021. Istanbul mayor Ekrem İmamoğlu's prison sentence in December 2022 is further evidence of ongoing repression. Despite growing dissatisfaction with the political system, as of January 2023, Türkiye's six-party opposition alliance failed to formulate a convincing program to address the country's substantial issues leading up to the May 2023 parliamentary and presidential elections. In this oppressive climate, elections – the primary means of holding the executive accountable – have become increasingly unfair and non-transparent. Polarization between pro-AKP and anti-Erdoğan camps persists, and the bleak outlook for Türkiye's political and economic future has led many citizens, particularly young and educated individuals, to emigrate.

Quelle: <https://bti-project.org/de/reports/country-report/TUR>

Korruptionsindex von Transparency International - Corruption Perceptions Index (2024)

Im Jahresbericht 2024 von Transparency International, für den in 180 Staaten Befragungen zur Wahrnehmung von Korruption bei Beamten und Politiker:innen durchgeführt wurden, erreichte die Türkei 34 von 100 möglichen Punkten (2023: 34 Punkte). Damit erreichte es genauso viele Punkte wie Algerien, Brasilien, Malawi, Nepal, Niger oder Thailand. Deutschland erreichte 75 Punkte.

Quelle: <https://www.transparency.org/en/cpi/2024>

Spannungen und innere Konflikte

Der gewaltsamste Konflikt in der Türkei ist der Konflikt mit Kurd:innen, der seit über 35 Jahren besteht und über 40.000 Todesopfer forderte. Im Zuge einer strengen Assimilierungspolitik des Staates wurde das kurdische Volk in der Türkei seit dem Ende des Osmanischen Reiches nie als solches anerkannt. Die kurdische Sprache und Kultur wurden lange Zeit verboten und es wurde eine teils gewaltvolle Umsiedlungspolitik durchgeführt, um eine quantitative Dominanz von Kurd:innen im Südosten der Türkei zu verhindern. Hierzu sollen auch deutsche Rüstungsgüter beigetragen haben: Im Jahr 1993 berichtete die deutsche Botschaft, dass BTR-60-Schützenpanzer aus ehemaligen NVA-Beständen im kurdisch geprägten Cizre eingesetzt wurden, was allerdings nicht abschließend bewiesen werden konnte. 2004 wurden Aufnahmen veröffentlicht, welche den Einsatz von in den 1990er Jahren an die Türkei

gelieferten deutschen Panzern des Typs BTR-60 im kurdisch geprägten Sirnak in der Türkei zeigen. Die Lieferung dieser Schützenpanzer war eigentlich an ein Abkommen gebunden, welches den Einsatz in innertürkischen Konflikten ausschloss. Bereits 1995 waren ähnliche Aufnahmen veröffentlicht worden. Auch eine Verwendung von Scharfschützengewehre der Typen SSG508, SSG04 und HK G28 gegen Kurd:innen kann die Bundesregierung nicht ausschließen, da diese ohne Auflagen bezüglich des Einsatzes innerhalb der Türkei aus Deutschland exportiert wurden. Auch für weitere Waffen und die Produktion von Waffen unter deutscher Lizenz lag keine derartige Auflage vor.

Die PKK gründete sich 1978 und nahm mit einer gewaltsamen Guerillastrategie den Kampf gegen den türkischen Staat auf. Während sie zunächst das Ziel eines kurdischen Staates verfolgte, rief der PKK-Vorsitzende Abdullah Öcalan 1999 im Anschluss an seine Inhaftierung zu einer ideologischen und strategischen Wende auf. Seither strebt die PKK nach einer zivil-politischen Etablierung und nach kurdischen (Autonomie-)Rechten statt nach einem eigenen Nationalstaat. 2009 bis 2011 wurde unter Recep Tayyip Erdoğan zunächst eine „kurdische Öffnung“ begonnen. Ein offizieller Friedensprozess wurde 2013 eingeleitet, stockte jedoch trotz zahlreicher Verhandlungsrunden. Gründe hierfür waren zum einen das erhebliche Misstrauen zwischen Regierung und Akteuren der kurdischen Bewegung und der Vorwurf an die jeweils andere Seite, nicht ausreichend Kompromisse einzugehen. Zum anderen bewirkten die parallel stattfindenden Entwicklungen im Syrienkrieg seit 2011, wo die PKK-Schwesterpartei PYD seither Autonomiestrukturen festigte sowie das Machtstreben des türkischen Präsidenten Erdogan im Zuge der Wahlen von 2015 das Ende der Verhandlungen. Im Sommer 2015 eskalierte der Konflikt nach den Wahlen erneut. Die HDP hatte mit großem Erfolg den Einzug ins Parlament geschafft, die AKP spekulierte auf Neuwahlen, welche schließlich am 01. November 2015 durchgeführt wurden und die AKP die absolute Mehrheit zurückgewinnen ließen. Die Zwischenmonate waren geprägt von Terroranschlägen wie dem Anschlag von Suruç am 20. Juli 2015, als ein Selbstmordattentat eine kurdische Versammlung traf und 34 Menschen tötete. Im Oktober desselben Jahres wurden bei einem weiteren Bombenanschlag in der türkischen Hauptstadt Ankara mindestens 95 Menschen getötet und mehr als 200 verletzt. Für den Anschlag, zu dem sich der IS bekannt hatte, wies die PKK der türkischen Regierung eine Mitschuld zu und attackierte daraufhin türkische Sicherheitskräfte. Im Anschluss eskalierte die Gewalt, wobei sich die Kämpfe bis heute auch auf syrisches und irakisches Territorium ausdehnen. Während es beizeiten zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen dem türkischen Militär und der PKK im Osten und Südosten des Landes kommt, liegt der Fokus der türkischen Regierung auf der kurdischen Region im Irak, wo das türkische Militär regelmäßig grenzüberschreitende Operationen und Luftschläge durchführt, bei denen immer wieder Zivilist:innen verletzt oder getötet werden. Human Rights Watch [berichtet](#), dass der türkische Luftangriff die Verluste in der Zivilbevölkerung nicht berücksichtigt.

Als politische Partei etablierte sich seit 2012 die pro-kurdische Oppositionspartei HDP (Halkların Demokratik Partisi, deutsch: Demokratische Partei der Völker). Sie vermittelte im Friedensprozess zwischen der PKK und der türkischen Regierung, wurde jedoch nach der Aufkündigung des Friedensprozesses mit der PKK durch die Regierung zunehmend kriminalisiert und als politischer Arm der PKK dargestellt. Auf Grundlage des Anti-Terrorismusgesetzes wurde im Mai 2016 die Immunität von 50 der 59 HDP-Abgeordneten im Parlament aufgehoben. Die Co-Vorsitzenden der HDP sitzen gegenwärtig in Haft, weil ihnen die Führung einer terroristischen Vereinigung sowie Propaganda für die PKK vorgeworfen wird.

Am 16. April 2017 stimmte die Bevölkerung dem offiziellen Wahlergebnis zufolge mit einer knappen Mehrheit in einem Verfassungsreferendum für die Einführung eines

Präsidialsystems, das den:die Präsident:in mit sehr umfangreichen Rechten ausstattet. Diese Machtkonzentration treibt die Spaltung der türkischen Gesellschaft voran. Sie vertieft die Gräben zwischen Anhänger:innen der islamisch-konservativ geprägten AKP und allen anderen politischen und gesellschaftlichen Oppositionsgruppen einschließlich den Anhänger:innen der kemalistischen Ideologie, die sich auf das laizistisch-nationale Erbe Kemal Atatürks berufen und den liberalen Demokraten, den Kurden und den Anhänger:innen von Gülen. Auch die Konflikte innerhalb des islamisch-konservativen Lagers zwischen den Anhänger:innen Erdoğans und jenen der Gülen-Bewegung, die insbesondere seit dem vereitelten Militärputsch vom Juli 2016 zunehmend von der Regierung unter Druck gesetzt werden, nehmen zu.

Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region

Geographische Lage

Drei Prozent des Staatsgebiets der Türkei werden geographisch zu Europa gezählt, der Rest zu Asien. Die Türkei verbindet die Regionen Südosteuropa, den Kaukasus und den Nahen Osten. Aufgrund dieser Lage wird die Türkei immer wieder als Energiekorridor für Europa gehandelt, allgemein fungiert sie politisch und in der Handelspolitik als Verbindungsglied zwischen Europa und dem Nahen Osten.

Auf dem Land grenzt die Türkei an Armenien, Bulgarien, Georgien, Griechenland, Irak, Iran und Syrien. Im Schwarzen Meer kommen Seegrenzen zu Rumänien, Russland und der Ukraine hinzu.

Politische Situation in der Region

Die politische Situation in der Region ist erheblich angespannt. Mit Syrien und dem Irak grenzt die Türkei im Süden an zwei Länder, in denen seit Jahren Krieg herrscht. Durch ihre geographische Nähe ist die Türkei stark von den gewaltsamen Konflikten in diesen beiden Ländern betroffen und auch aktiv in die Kriegsereignisse involviert. In Syrien bekämpfen eine Vielzahl bewaffneter Oppositionsgruppen das Regime von Staatspräsident Assad. Viele dieser Gruppen setzen sich aus Freiwilligen und desertierten Soldat:innen zusammen, einige sind als radikal-islamistische Gruppen zu bezeichnen. Anhänger:innen und Splittergruppen des Terrornetzwerkes Al-Qaida sind ebenso in die bewaffneten Auseinandersetzungen involviert wie der IS. Neben kurdischen Kämpfer:innen der YPG sind unter anderem die Hisbollah aus dem Libanon und schiitische Milizenverbände aus Irak und unter iranischem Kommando aktiv. Auf allen Seiten ist eine Vielzahl an staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren als Waffenlieferanten und Unterstützer:innen tätig, weshalb der Krieg in Syrien auch als Stellvertreterkrieg bezeichnet wird: Während das Assad-Regime insbesondere von Russland, Iran, Irak und durch die Hisbollah unterstützt wird, leisten unter anderem die USA, die Golfstaaten und Frankreich diversen Gruppen von Rebell:innen Beistand. Die Türkei hat aufgehört, eine transformative Rolle mit erheblichem Einfluss auf das Regime in Damaskus zu spielen, und unterstützt nun offen die syrische Opposition - zunächst logistisch (d. h. durch die Aufnahme von Flüchtlingen und Kämpfer:innen), aber allmählich auch de facto als Teil des syrischen Bürgerkriegs. Schon 2014 wurde bekannt, dass auch die Türkei Rebell:innen ausbildet und ausrüstet, deren Gruppen unter wechselnden Bezeichnungen agieren und grob als Einheiten der Turkish-backed FSA (TFSA) bekannt sind. Seit August 2016 unterstützt das türkische Militär offiziell oppositionelle Gruppen im Kampf gegen Assad, nutzt diesen Einsatz aber auch, um die

kurdischen Einflussgebiete in Nordsyrien einzuschränken. Medienberichten zufolge wurden hier bereits mehrfach deutsche Leopard-Panzer im Kampf eingesetzt (siehe Kapitel „[Deutsche Rüstungsexporte](#)“). Im Dezember 2024 stürzte ein Zusammenschluss von Rebell:innen-gruppen angeführt von der Gruppe Hai'at Tahrir asch-Scham (HTS) Assads Regime. Schon wenige Tage später begann Israel Waffenarsenale in Syrien, unter anderem in Damaskus zu beschießen. Was nun auf die 50 Jahre lange Dynastie der Familie Assad folgt und wie sich Syrien unter der Führung der HTS und Einfluss geopolitischer Interessen entwickeln wird, bleibt abzuwarten.

Die im Zuge des Syrienkrieges durch die kurdische Partei PYD, eine Schwesterpartei der PKK, ausgerufenen Autonomiegebiete im Norden des Landes, die an die Türkei grenzen, erkennt die Türkei nicht an und stuft die PYD ebenso wie die PKK als Terrororganisationen ein. Die Türkei geht militärisch gegen die bewaffneten Akteure der PYD – die YPG – vor und griff im Rahmen der Operation Euphrat Shield mehrfach Dörfer und Zivilist:innen in der Autonomiezone an, 2018 mit der großangelegten Militäroperation „Olivenzweig“ in Afrin. Die Verbündeten der USA, zu denen die kurdische YPG-Miliz im Milizenverbund Syrian Democratic Forces (SDF) gehört, werden demnach durch den NATO-Partner Türkei bekämpft. Der [wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestages](#) urteilte bezüglich der Operation Olivenzweig, dass selbst bei großzügiger Auslegung des Selbstverteidigungsrechts eine akute Selbstverteidigungslage im Sinne des Art. 51 VN-Charta zugunsten der Türkei nicht zu erkennen sei. Seit dem führte die Türkei im Nordosten Syriens noch weitere militär Operationen durch: Operation ‚Peace Spring‘ im Oktober 2019, um eine Sicherheitszone zu etablieren; Operation ‚Spring Shield‘ Februar 2020, die Türkei erklärte, dass der Zweck der Operation im Rahmen der Astana-Gespräche liege, die auf ein Waffenstillstandsabkommen in der zweiten nordsyrischen Pufferzone abzielten; im Februar 2022 Operation ‚Winter Eagle‘, um eine Stellungen der PKK, PYD und YPG zu „neutralisieren“. Nach einem Anschlag auf ein Rüstungsunternehmen in Ankara im Oktober 2024 machte die türkische Regierung die PKK für den Anschlag verantwortlich und flog Luftangriffe gegen mutmaßliche PKK Stellungen. Dem türkischen Verteidigungsministerium zu Folge töteten sie dabei 59 „Extremisten“. Den Angaben der kurdischer Vertreter:innen waren es jedoch nur zwölf.

Auch Deutschland ist am Kampf gegen den IS beteiligt und dadurch indirekt in den syrischen Gewaltkonflikt involviert. Deutschland stellt Tornado-Aufklärungsflugzeuge und Tankflugzeuge für Luft-Luft-Betankungen von Kampfflugzeugen der Operation Inherent Resolve bereit und ist mit Personal in Stäben und Hauptquartieren sowie an Bord von AWACS-Luftüberwachungsflugzeugen der NATO am Kampf gegen den IS beteiligt. Dem Krieg in Syrien sind Schätzungen zufolge bislang rund 500.000 Menschen zum Opfer gefallen. Das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR hat über 5,6 Millionen Geflüchtete allein in den umliegenden Nachbarländern Jordanien, Libanon, Irak, Türkei und in Nordafrika registriert. Allein in der Türkei befinden sich fast vier Millionen syrische Geflüchtete, mehr als in jedem anderen Land. Rund sieben Millionen Menschen sind zudem innerhalb Syriens vertrieben.

Auch der Irak ist stark vom Konflikt im Nachbarstaat Syrien betroffen. Im Jahr 2014 nahm der IS weite Teile des Nord- und Westiraks ein. Neben rund 4,4 Millionen Binnenvertriebenen im Irak hat insbesondere die Autonomieregion Kurdistan im Irak Geflüchtete aus Syrien aufgenommen. Der Irak ist infolge des mehrjährigen Kampfes gegen den sogenannten IS durch eine noch stärker fragmentierte Milizenlandschaft geprägt als vor 2014. Dabei dominieren vor allem zahlreiche teils mit der Regierung in Verbindung stehende schiitische Milizen sowie unterschiedliche sunnitische und kurdische Gruppen. Konflikte werden immer wieder gewaltsam ausgetragen. Im Nordirak ist die Region Kurdistan als ein offiziell durch die irakische

Verfassung anerkanntes Autonomiegebiet etabliert, was unter anderem aufgrund dortiger bedeutender Ölreserven immer wieder zu Interessenskonflikten führt. Die Türkei gilt als wichtigster Ölabnehmer der Region. Am 25. September 2017 hielt die kurdische Autonomieregierung ein Referendum ab, in dem die Bevölkerung für die Unabhängigkeit der Autonomieregion sowie der sogenannten „umstrittenen Gebiete“ stimmte, die von den Peschmerga gegen den IS verteidigt, aber ebenso von der irakischen Zentralregierung beansprucht werden. Am 15. Oktober 2017 startete die irakische Zentralregierung daraufhin eine militärische Offensive und eroberte große Teile der umstrittenen Gebiete zurück. Das Jahr 2018 war von den Parlamentswahlen im Mai und der anhaltenden Regierungsbildung sowie massiven Protesten in der Region Basra gezeichnet. In den Unruhen bringen die Iraker:innen vor allem ihre Unzufriedenheit über die politische Führung, die Korruption, Arbeitsmarktsituation und schlechte Versorgung mit staatlichen Dienstleistungen (Strom, Trinkwasser) zum Ausdruck. Die Lage im Land bleibt äußerst fragil.

Im Nachbarland Armenien sind 2020 in der zwischen Armenien und Aserbaidschan umstrittenen Region Bergkarabach wieder Kampfhandlungen ausgebrochen. Die Türkei unterstützte dabei Aserbaidschan; vornehmlich mit Drohnen aus türkischer Produktion aber auch in Form von türkischen Militärberater:innen sowie syrischen Söldner:innen. Nicht zuletzt wegen dieser Unterstützung unterlag Armenien. Mit einer erneuten Militäroperation durch Aserbaidschan am 19. September 2023 musste Armenien die Kontrolle über die Provinz an Aserbaidschan abtreten. Die Provinz soll zum 01. Januar 2024 aufgelöst werden.

Grenzkonflikte

Der Grenzverlauf zwischen der Türkei und Griechenland ist nicht abschließend geklärt. Trotzdem hat sich die Beziehung der beiden Staaten in den letzten Jahren eher nachbarschaftlich-kooperativ gestaltet. 2017 kam es jedoch wieder vermehrt zu sogenannten „Dog-fights“, einem Kräfterennen zwischen türkischen und griechischen Kampfflugzeugen im Luftraum der umstrittenen Grenzgebiete. Der Türkei wird dabei eine vermehrte Überschreitung der Luft- und Seegrenzen vorgeworfen. Auch nahmen türkische Unternehmen Probebohrungen in den umstrittenen Gasfeldern vor der zyprischen Küste vor. Als Reaktion darauf einigten sich die EU-Mitgliedsstaaten im Oktober 2019 auf einen rechtlichen Rahmen, um zukünftig Sanktionen gegen Organisationen, Firmen und Einzelpersonen zu verhängen, die sich an den illegalen Bohrungen beteiligen. 2020 verschärften sich Spannungen zwischen der Türkei, Griechenland und Zypern, als ein türkisches Forschungsschiff begleitet von Fregatten und Korvetten auf der Suche nach Erdgas durch Seegebiete im östlichen Mittelmeer gefahren ist, die von Griechenland und Zypern als ihre Außerordentlichen Wirtschaftszonen beansprucht werden, die die Türkei aber ebenfalls als Teil ihres eigenen Festlandssockels betrachtet. Nach der Rückkehr der Schiffe beruhigte sich die Lage schließlich wieder. Im November 2024 trafen sich die beiden Außenminister der Türkei und Griechenland, um über diplomatische Lösungen für den Grenzkonflikt zu finden. Sie zogen positive Schlussfolgerungen aus den Gesprächen. Die Annäherung zur Beseitigung der Grenzkonflikte folgt einer zunehmenden Zusammenarbeit in der Bildungs-, Energie-, Technologie-, Tourismus- und Wirtschaftspolitik.

Zypern ist de facto geteilt, die Türkei besetzt den Nordteil mit circa 43.000 Soldat:innen und betrachtet diesen als den eigenständigen Staat „Türkische Republik Nordzypern“. Völkerrechtlich wird die „Republik Zypern“ als souveräner ungeteilter Staat Zypern anerkannt.

Die im Januar 2017 wiederaufgenommenen Friedensgespräche scheiterten im Juli desselben Jahres.

Zwischen Armenien und der Türkei besteht kein Grenzkonflikt, allerdings sind die Beziehungen historisch und politisch schwer belastet. Streitpunkt ist unter anderem die Weigerung der Türkei, den von Armenien erhobenen Vorwurf des Völkermords an den Armenier:innen im Osmanischen Reich in den Jahren 1915 und 1916 anzuerkennen. Die 2009 angestrebte Entwicklung diplomatischer Beziehungen zwischen den beiden Staaten ruht de facto. Grund hierfür ist die nachträgliche türkische Konditionalisierung der Ratifizierung der Protokolle an Fortschritte im Konflikt um die Region Bergkarabach, die zwischen Aserbaidshan und Armenien umstritten ist. In diesem Konflikt unterstützt die Türkei Aserbaidshan.

Die irakisch-türkische Grenze ist ebenfalls ein Brennpunkt. Seit der Aufkündigung des Friedensprozesses mit der PKK 2015 (siehe oben) fliegt die türkische Luftwaffe wiederholt Angriffe auf mutmaßliche Stellungen der PKK in der Türkei und im Nordirak, wo sich das Hauptlager der PKK in den Qandil-Bergen befindet. Im September 2015 überquerten erstmals seit 2011 auch türkische Bodentruppen die Grenze zum Irak, um gegen die PKK vorzugehen. Die türkische Regierung pflegt gute und bedeutende ökonomische Beziehungen zur kurdischen Regionalregierung (KRG). Diese Tatsache, im Zusammenspiel mit dem gemeinsamen Interesse an einer Schwächung der PKK, führt zu einer Akzeptanz des Autonomiegebietes durch die Türkei. Die KRG widersetzte sich nicht den weiteren Militäroperationen wie der Operation ‚Claw Mission‘ von Mai 2019 bis Juni 2020, welche in mehrere Operationen aufgesplittet ist. Es folgten vom Juni 2020 bis September 2020 Operation ‚Claw-Eagle‘ in den Qandil-Gebirgen und der Sinjar Region, 17. Juni 2020 Operation ‚Claw-Tiger‘ in der Haftanin Region, 10. Februar 2021 Operation ‚Claw-Eagle 2‘ in der Gara Region, am gleichen Tag 23. April 2021 Operation ‚Claw-Lightning‘ und Operation ‚Claw-Thunderbolt‘ in der Avashin Region, und zuletzt im April 2022 Operation ‚Claw-Lock‘ in Duhok Distrikt. Alle diese Operationen richteten sich gegen PKK-Stellungen im Nordirak und darüber hinaus fliegt die Türkei auch außerhalb der Operationen Luftangriffe gegen die Gruppierung.

Die Unabhängigkeitsbestrebungen der nordirakischen Kurd:innen lehnt die Türkei jedoch strikt ab, wie im Zuge des kurdischen Unabhängigkeitsreferendums von September 2017 erneut deutlich wurde.

Regionale Rüstungskontrolle

Die Türkei ist als NATO-Land Mitgliedsstaat des Vertrags über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE). Der Vertrag entstand im November 1990 vor dem Hintergrund des Endes des Kalten Krieges und legt Obergrenzen für die Anzahl schwerer Waffensysteme, welche im Vertragsgebiet stationiert werden dürfen, fest. In Folge der Unterzeichnung wurden in den teilnehmenden Staaten mehr als 50.000 Waffensysteme zerstört. Insbesondere durch den Austritt Russlands aus dem Vertragsverbund im Jahr 2007 wird die Wirksamkeit des KSE-Vertrages in Frage gestellt. Im Rahmen der OSZE unterzeichnete die Türkei das Wiener Dokument, welches zuletzt 2011 aktualisiert wurde. Es sieht vertrauensbildende Maßnahmen bezüglich der Verwirklichung von Abrüstung sowie militärische Transparenz vor. Im Rahmen des Dayton-Friedensabkommens vom 21. November 1995 über den Friedensschluss zwischen den Kriegsparteien im ehemaligen Jugoslawien wurde ein politisch verbindliches abschließendes Dokument beschlossen, an dem auch die Türkei teilnimmt.

Das ursprüngliche Ziel eines regionalen Rüstungskontrollabkommens scheiterte aber, so dass das Dokument lediglich vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen zwischen den

Staaten der Balkanregion und deren Nachbarn auf freiwilliger Basis ermöglicht. In den vergangenen Jahrzehnten gab es zahlreiche Versuche, regionale Rüstungskontrollmechanismen im Nahen und Mittleren Osten zu etablieren. Sie sind jedoch immer wieder an den zahlreichen Konflikten in der Region, zuvorderst dem arabisch-israelischen Konflikt, gescheitert. Die Abwesenheit von Frieden in der Region ist für viele Staaten eines der wesentlichen Hindernisse, in Beratungen über regionale Rüstungskontrollen und Verhandlungen über eine Massenvernichtungswaffenfreie Zone im Nahen und Mittleren Osten einzusteigen. Bis heute konnten sich die Staaten des Nahen und Mittleren Ostens nicht auf regionale Rüstungskontrollabkommen zur Regulierung von Massenvernichtungswaffen und konventionellen Waffen einigen.

Bedrohung von Alliierten

Stationierung alliierter Streitkräfte in der Region

Die Türkei ist seit 1952 Mitglied der NATO. Infolgedessen sind Streitkräfte aus anderen NATO-Staaten auf türkischem Boden stationiert. So hat die NATO durch die USA, die Niederlande und Deutschland auf Wunsch der Türkei ab 2012 Patriot-Flugabwehrsysteme zur Verfügung gestellt (Operation Active Fence), um den türkischen Luftraum an der Grenze zu Syrien vor möglichen Raketenangriffen zu schützen. Die deutsche Beteiligung lief 2016 aus. Im Juni 2016 ersetzte Italien die deutschen Patriots durch SAMP/T-Flugabwehrraketen. Bereits Anfang 2015 hatte Spanien die Niederlande in der NATO-Operation abgelöst und stellt derzeit weiterhin ein Patriot PAC-2. Die USA zog ihre Patriots ebenfalls 2016 ab. NATO-Flugzeuge sind als Teil der Anti-IS-Operation Inherent Resolve, welche in Syrien und im Irak aktiv ist, am Luftwaffenstützpunkt Incirlik stationiert. In diesem Rahmen hatte Dänemark 110 Soldat:innen und sieben Mehrzweckkampfflugzeuge des Typs F-16AM in der Türkei stationiert. Anfang 2016 stationierte auch die Bundeswehr Tornado-Aufklärungsmaschinen und ein Tankflugzeug in Incirlik. Nachdem die Türkei deutschen Bundestagsabgeordneten einen Besuch der dort stationierten Soldat:innen nicht erlaubte, wurden der Abzug der 250 deutschen Soldat:innen und eine Verlegung nach Jordanien beschlossen. Incirlik wird bzw. wurde von den USA als Basis für Versorgungszwecke der US-amerikanischen Streitkräfte im Irak und in Afghanistan genutzt, seit Juli 2015 auch für Luftangriffe auf den IS in Syrien. Seit Oktober 2016 werden von der Türkei aus auch Aufklärungsflüge mit AWACS-Maschinen der NATO geflogen, welche aber ausdrücklich nicht an Kampfeinsätzen beteiligt werden sollen. In der Türkei waren Soldat:innen der Bundeswehr auf dem Luftwaffenstützpunkt Konya stationiert. Von dort starteten NATO AWACS Flüge mit deutscher Beteiligung. Momentan sind 150 spanische Soldat:innen im Rahmen der Active Fence Operation und 1.700 US-Soldat:innen im Rahmen des US-European Command Einsatzes in der Türkei stationiert.

Seit 2014 unterstützte die deutsche Bundesregierung die kurdischen Peschmerga-Truppen der Regierung der Autonomen Region Kurdistan (KRG) im Kampf gegen den IS mit Waffenlieferungen aus Bundeswehrbeständen und Ausbildungsmaßnahmen. Im Zeitraum von 2014 bis 2016 wurden unter anderem 15.000 Sturmgewehre, 60 MILAN Panzerabwehrwaffen (inklusive 1.200 Lenkflugkörper), Panzerfäuste, Handgranaten und mehrere tausend Schuss Munition aus Deutschland geliefert. Das aktuelle Mandat sieht nicht länger den Schwerpunkt in der Ausbildung der kurdischen Peschmerga, sondern den Fähigkeitsaufbau der irakischen Streit- und Sicherheitskräfte mit dem Schwerpunkt der Ausbildung von Ausbilder:innen vor. Die Personalobergrenze für den Einsatz liegt bei 500 Soldat:innen.

Des Weiteren sind in Griechenland rund 600 US-Soldat:innen stationiert. In Bulgarien sind im Rahmen des NATO Enhanced Vigilance Activities Einsatzes, Stärkung der Verteidigung und der Abschreckung sowie des Beitrags zur Stabilität und Sicherheit des Bündnisses beitragen soll, 30 albanische, 30 griechische, 750 italienische und 150 US-amerikanische Soldat:innen.

Verhalten in der internationalen Gemeinschaft

Tabelle 13

Beitritt zu wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen

Abkommen	Status	Quelle
Konvention zur Unterdrückung von Flugzeugentführungen von 1971	Beigetreten	http://www.icao.int
Konvention zum Schutz bestimmter Personen, einschließlich Diplomaten von 1977	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention gegen Geiselnahmen von 1983	Beigetreten (mit Einschränkung)	http://treaties.un.org
Konvention zum physischen Schutz nuklearen Materials von 1987	Beigetreten	http://www.iaea.org
Konventionen zur Markierung von Plastiksprengstoff von 1998	Beigetreten (mit Einschränkung)	http://www.icao.int
Internationale Konvention zur Unterdrückung terroristischer Bombenanschläge von 2001	Beigetreten (mit Einschränkung)	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen von 2002	Beigetreten (mit Einschränkung)	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus von 2007	Beigetreten (mit Einschränkung)	http://treaties.un.org

Kommentar

Die Türkei ist allen wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen beigetreten. Insbesondere die Jahre 2015 und 2016 waren von einer hohen Anzahl von Terroranschlägen geprägt. Diese wurden teilweise der PKK, teilweise dem IS zugeschrieben. Die türkische Grenze spielte lange sowohl bei der Versorgung des IS mit Nahrungsmitteln als auch bei Öltransporten zur Finanzierung der Terrororganisation sowie den Transit von Freiwilligen aus dem Ausland eine wichtige Rolle. Dies brachte der Türkei den Vorwurf ein, indirekte und auch direkte Hilfe für den IS zu leisten, da eine Stärkung des IS eine Schwächung Assads bedeute. Internationale Kritik, zunehmende Anschläge der Terrorgruppe in der Türkei selbst und die erneute Eskalation des Kampfes gegen die PKK haben die Türkei jedoch seit 2016 dazu veranlasst, die Grenze verstärkt zu kontrollieren. Zudem gibt es Hinweise darauf, dass der türkische Geheimdienst (MIT) Waffen an Rebell:innen in Syrien lieferte. Unter den Empfängergruppen soll auch die islamistische Al-Nusra-Front gewesen sein. Auch bezüglich Libyens besteht der Verdacht, dass die Türkei islamistische Milizen im Westen Libyens mit Waffen versorgte. Die Rolle Ankaras bei der Unterstützung von islamistischen Gruppen führte bereits früh zu

Verstimmungen mit anderen Nato-Partnern. So warnte der damalige US-Präsident Obama bereits im Mai 2013 den Leiter des türkischen Geheimdienstes MIT, Hakan Fidan, davor, wahllos Kämpfer und Waffen an die antiwestlichen Rebellen in Syrien zu liefern.

Internationale Kriminalität

Tabelle 14

Beitritt zu internationalen Abkommen in der Kriminalitätsbekämpfung

Abkommen	Status	Quelle
Konvention gegen Transnationale Organisierte Kriminalität von 2003	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (a) zur Unterdrückung von Menschenhandel (2003)	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (b) gegen den Schmuggel von Auswanderern (2004)	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (c) gegen die unerlaubte Herstellung und den Transport von Feuerwaffen (2005)	Beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Die Türkei hat sich zu einem strategisch bedeutenden Transitland für Schmuggler:innen und kriminelle Händler:innen zwischen Asien und Europa entwickelt, was insbesondere seit dem sogenannten Arabischen Frühling auch für Waffen gilt. So gab die Türkei beispielsweise im Sommer 2011 an, Waffenlieferungen aus dem Iran an das Regime in Syrien abgefangen zu haben. Im April 2013 wurden auf einem Schiff, welches Libyen ansteuern sollte, fast 1.000 Repetierflinten und mehr als 400 Handfeuerwaffen entdeckt. Diese und weitere Funde zeigen eine Tendenz des zunehmenden Waffenhandels nach Syrien und Libyen, wo seit Ausbruch des Krieges die Nachfrage gestiegen ist. Zudem ist die Türkei sowohl Zielregion als auch ein Ursprungsland von Menschenhandel. Insbesondere aufgrund ihrer geographischen Lage ist die Türkei auch Transitland für Opium aus Afghanistan. So sollen ca. 80 Prozent des in Großbritannien konsumierten Heroins über die Türkei kommen. Nach Angaben des türkischen Außenministeriums machen Beschlagnahmungen von Heroin durch die türkische Polizei 20 Prozent der weltweiten Konfiszierungen aus. Nach den Korruptionsskandalen Ende 2013 sowie dem Putsch wurden die Fähigkeit der Strafverfolgungsbehörden wirksam gegen gut entwickelte kriminelle Netzwerke in der Region vorzugehen jedoch deutlich geschwächt, da ganze Einheiten zum Kampf gegen organisierte Kriminalität aufgelöst wurden. Ebenso wurden viele Mitglieder der Justiz entlassen.

Tabelle 15***Ausgewählte völkerrechtliche Vereinbarungen***

Abkommen	Status	Quelle
Völkermord-Konvention von 1951	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Genfer Konvention zum Schutz von Zivilisten in Kriegszeiten von 1950	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Zusatzprotokolle zur Genfer Konvention von 1950 zum Schutz von Opfern in bewaffneten Konflikten von 1978	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Internationaler Strafgerichtshof (Römisches Statut) von 2002	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org
Anti-Korruptions-Konvention von 2005	Beigetreten	http://treaties.un.org

UN-Berichterstattung

Die Türkei berichtet über ihre Waffentransfers in regelmäßigen Abständen an das [UN-Waffenregister](#), mit Ausnahme weniger Jahre, und machte hier in den letzten Jahren umfangreiche Angaben. Im Rahmen des Instruments zur Berichterstattung über [Militärausgaben](#) übermittelte es ebenso in den meisten Jahren Informationen an die UN, zumindest in der vereinfachten Berichtsform.

Da es den Arms Trade Treaty noch nicht ratifiziert hat, hat es entsprechend noch keinen [Initialbericht](#) eingereicht. Im Rahmen des [Programme of Action](#) on small arms and light weapons berichtet es ebenso in mehr oder weniger regelmäßigen Abständen zumeist recht umfangreich.

Unerlaubte Wiederausfuhr

2016 erhärtete sich der Verdacht, dass die Türkei islamistische Milizen im Westen Libyens mit Waffen versorgt. Ob dabei auch importierte Güter unerlaubt weitergegeben wurden, ist unklar. Am 19. Januar 2014 wurden drei LKWs des Geheimdienstes MIT auf ihrem Weg nach Syrien gestoppt. Sie sollen mit Waffen (Raketen, Mörser, Artilleriegeschosse, Maschinengewehrpatronen und Munition) beladen gewesen sein. Im Januar 2015 veröffentlichte eine Gruppe von Hacker:innen unter Verschluss gehaltene Protokolle des diesbezüglichen Polizeieinsatzes. Daraus geht hervor, dass der Geheimdienst gegen die Durchsuchung durch die Polizei protestierte und sie unter Verweis auf den Auftrag des Präsidenten von der Weiterfahrt überzeugten. Laut der oppositionellen Tageszeitung Cumhuriyet, sollten die Waffen und die Munition in den LKWs an Rebellen geliefert werden, die gegen den syrischen Präsidenten Bashar al-Assad kämpfen. Can Dundar, der Chefredakteur, und Erdem Gul, der Büroleiter der Zeitung in Ankara, wurden daraufhin der Spionage und der "Weitergabe von Staatsgeheimnissen" beschuldigt. Die im Mai (2015) veröffentlichten Enthüllungen lösten einen politischen Sturm in der Türkei aus. Erdoğan stellte die Lieferungen zunächst als Hilfsgüter für Turkmen:innen dar, später als Staatsgeheimnis. Auf turkmenischer Seite wurde diese Darstellung verneint. Bezüglich dieses Themas wurde von den türkischen Behörden eine Nachrichtensperre verhängt.

Auch wenn die Bundesregierung betont, keine Erkenntnisse über die mögliche Weitergabe deutscher Waffen durch die Türkei zu haben, wurden immer wieder Anträge zu Rüstungsexporten durch die Bundesregierung mit Verweis auf das Kriterium „Risiko der Abzweigung von Militärtechnologie oder Militärgütern im Käuferland oder der Wiederausfuhr von Militärgütern unter unerwünschten Bedingungen“ abgelehnt.

Auch im Jahre 2019 wurden libysche Milizen und Regierungstruppen von Premier Fayed Sarraj – trotz bestehenden Waffenembargos der Vereinten Nationen – mit Waffen und Munition aus der Türkei beliefert. Auch diverse syrische Rebell:innengruppen, die derzeit unter dem von türkischer Seite forcierten Truppenverbund der Syrian National Army im Norden des Landes gegen die kurdische YPG kämpfen, wurden von türkischer Seite nachweislich mit diversen Klein- und Großwaffensystemen ausgestattet. Nachdem die FSA im Oktober 2019 in die größere Syrische Nationalarmee (SNA) überging, wurde auch diese von Ankara unterstützt.

Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes

Box 10

Auszug aus dem Transformationsatlas 2024 der Bertelsmann Stiftung

The Turkish economy remains fragile, marked by structural issues, imbalances and institutional weakness. The erosion of the rule of law and the lack of independence in economic administration continue to negatively affect Türkiye’s economic stability. In terms of foreign policy, Türkiye faces multiple regional challenges. In October 2021, the Turkish Grand National Assembly extended the Turkish Armed Forces’ mandate for anti-terrorism operations in Iraq and Syria by two years. Türkiye has played a significant role during Russia’s invasion of Ukraine, while also withdrawing from the Council of Europe’s Istanbul Convention on combating domestic violence and violence against women in March 2021. However, it ratified the Paris Agreement on climate protection in October 2021. In December 2021, President Recep Tayyip Erdoğan officially established the “Republic of Türkiye” as the country’s internationally recognized name, purportedly to avoid confusion with the gobbler bird. However, some observers considered it an “ineffective distraction” from the country’s economic crisis leading up to the 2023 parliamentary and presidential elections. The United Nations accepted this name change in June 2022.

Quelle: <https://bti-project.org/de/reports/country-report/TUR>

Tabelle 16

Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP (in%)

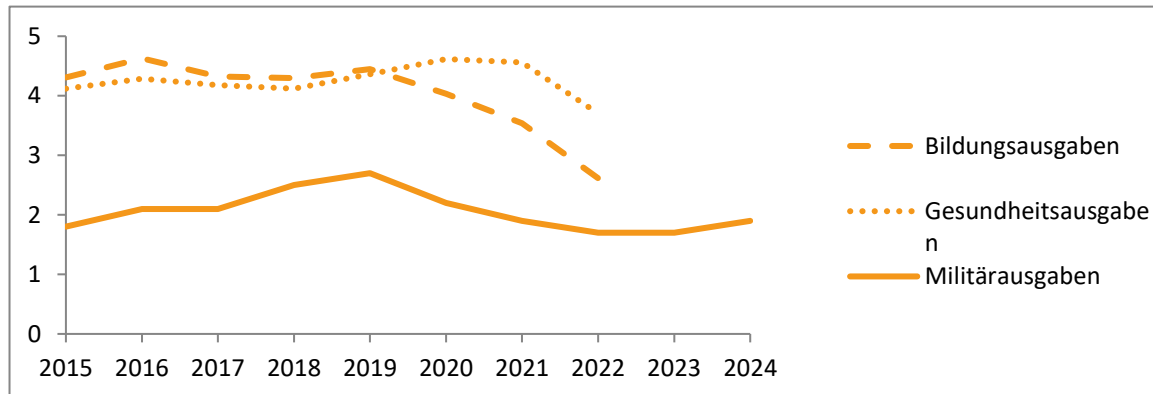
	2020	2021	2022	2023	2024
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	15070	15334	16429	19578	21884
Militärausgaben/BIP	2,2	1,9	1,7	1,7	1,9
Gesundheitsausgaben/BIP	4,6	4,6	3,7	-	-
Bildungsausgaben/BIP	4,0	3,5	2,6	-	-

Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.

Quellen: SIPRI Military Expenditure Database, World Bank Data (World Development Indicators)

Schaubild 5

Entwicklung Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP (in %)



Quellen: SIPRI Military Expenditure Database (Militärausgaben); World Bank Data (World Development Indicators)

Tabelle 17

Absolute Auslandsverschuldung/Anteil am BIP und Entwicklungshilfe

	2019	2020	2021	2022	2023
Auslandsverschuldung	414870	429770	436370	457917	499842
Anteil am BIP (in Prozent)	54,5	59,7	53,2	50,5	44,7
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA)*	569,98	691,65	369,5	767,65	-
Net ODA (% of GNI)*	0,07	0,09	0,05	-	-
Deutsche ODA Zahlungen*	290,31	366,12	135	101,38	-

Angaben in aktuellen Preisen (Mio.) (Auslandsverschuldung); ODA in konstanten Mio. US\$ (2023); Net ODA (% of GNI) in aktuellen Preisen; Deutsche ODA Zahlungen in konstanten Mio. US\$ (2023).

Quelle: Weltbank, IMF, OECD*

Tabelle 18**Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung**

	2019	2020	2021	2022	2023
Militarisierungswert	163,5	159	150	133,9	140,6
Index-Platzierung	20	22	30	42	36

Tabelle 19**Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung der Nachbarstaaten**

		2019	2020	2021	2022	2023
Armenien	Militarisierungswert	231,1	232,5	224,6	221,3	243,3
	Index-Platzierung	3	2	3	4	4
Aserbaid-schan	Militarisierungswert	192,6	202	199,7	196,2	206,3
	Index-Platzierung	14	11	14	14	13
Bulgarien	Militarisierungswert	137,2	113,4	112,4	115,9	120,5
	Index-Platzierung	38	64	63	57	55
Georgien	Militarisierungswert	135,4	136,8	134,2	132,1	135,6
	Index-Platzierung	44	42	46	44	44
Griechen-land	Militarisierungswert	198,5	201,2	211,1	215,6	208,5
	Index-Platzierung	12	12	7	6	10
Irak	Militarisierungswert	162,1	154,7	151,7	140	148,6
	Index-Platzierung	21	25	28	32	30
Iran	Militarisierungswert	139,6	141,4	141,4	139,4	138,2
	Index-Platzierung	37	36	38	33	38
Syrien	Militarisierungswert	-	-	-	-	-
	Index-Platzierung	-	-	-	-	-

Quelle: Globaler Militarisierungsindex (GMI) – Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC)

Der Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Daten basieren auf dem GMI 2024.

<https://gmi.bicc.de/ranking-table>

Tabelle 20**Militärausgaben der Nachbarstaaten absolut und am BIP in Prozent**

		2020	2021	2022	2023	2024
Armenien	Militärausgaben (absolut)	932	881	902	1326	1416
	Militärausgaben/BIP	5,0	4,5	4,1	5,5	5,5
Aserbaid-schan	Militärausgaben (absolut)	2957	3349	3255	3562	3699
	Militärausgaben/BIP	5,2	4,9	3,8	4,9	5,0
Bulgarien	Militärausgaben (absolut)	1383	1470	1615	1990	2265
	Militärausgaben/BIP	1,6	1,5	1,6	1,9	2,1
Georgien	Militärausgaben (absolut)	427	424	459	508	632
	Militärausgaben/BIP	1,8	1,6	1,6	1,7	1,9
Griechen-land	Militärausgaben (absolut)	6284	8602	9294	7015	7786
	Militärausgaben/BIP	3,0	3,8	4,0	2,9	3,1
Irak	Militärausgaben (absolut)	5773	5559	5249	5519	5759
	Militärausgaben/BIP	3,1	2,3	1,6	2,3	2,4
Iran	Militärausgaben (absolut)	5473	6652	6996	7391	6646
	Militärausgaben/BIP	2,2	2,2	2,1	2,4	2,0
Syrien	Militärausgaben (absolut)	-	-	-	-	-
	Militärausgaben/BIP	-	-	-	-	-

Angaben in konstanten Mio. US\$ (2023). Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Tabelle 21**Human Development Index (HDI)**

	2019	2020	2021	2022	2023
HDI-Wert	0,841	0,838	0,841	0,853	0,853

Quelle: <https://hdr.undp.org/data-center/country-insights#/ranks>

Der HDI ist ein Wohlstandsindikator und variiert zwischen 1 (beste Entwicklungsstufe) und 0 (geringe Entwicklung). Die Länder werden in vier Klassen eingeteilt: sehr hohe, hohe, mittlere und niedrige menschliche Entwicklung. Die Berechnung des HDIs basiert auf den Kategorien Gesundheit (Lebenserwartung), Bildung und dem Bruttonationaleinkommen.

Kommentar

Zusammenfassung: Die Türkei zählt mit einem Pro-Kopf-Bruttonationaleinkommen von 11.650 US-Dollar zu den „upper-middle income countries“. Die Wirtschaft erweist sich – trotz einer seit einigen Jahren andauernden Wirtschaftskrise – als mittelmäßig diversifiziert, mittelmäßig wettbewerbsfähig und auch als relativ resilient. Die Covid-19 Pandemie konnte bspw. einigermaßen gut überstanden werden. Die Auslandsverschuldung ist unbedenklich. Die sogenannte menschliche Entwicklung ist mit einem HDI-Wert von 0,855 sehr hoch, was sich entsprechend in sozioökonomischen Kennziffern widerspiegelt. Im Hinblick auf einige weitere SDG-Indikatoren bestehen weiterhin Herausforderungen. Dennoch kann die Türkei auch einige Erfolge diesbezüglich aufweisen. Bedenklich ist auch die große Ungleichheit bzgl. der Einkommensverteilung. Trotz einiger wirtschaftlicher Risikofaktoren und der andauernden Krise sowie einer starken Militarisierung, ist die Gefahr, dass überhöhte militärische Kapazitäten oder Ausgaben die Entwicklung nachhaltig beeinträchtigen, derzeit nicht zu erkennen. Rüstungsexporte gelten demnach derzeit als „nicht kritisch“, auch wenn die Situation im Hinblick auf die wirtschaftlich teilweise prekäre Situation sowie etwaige regionale Spannungen weiterhin genau beobachtet werden muss.

Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit:

Mit einem Bruttonationaleinkommen pro Kopf von 11.650 US-Dollar zählt die Türkei als „upper-middle income country“ und mit einer Auslandsverschuldung von 50,6 % am BIP als mittelmäßig verschuldet. Beim Internationalen Währungsfonds hat die Türkei seit 2013 keine Schulden mehr. Mit einem Wert von 62,2 (Rang 61) im Global Competitiveness Index 2019 gilt das Land als mittelmäßig wettbewerbsfähig und ist damit etwa vergleichbar mit Griechenland, Kroatien, den Philippinen oder Südafrika. Mit einem Wert von 106,5 im Global Economic Diversification Index 2023 gilt die türkische Wirtschaft aber als recht diversifiziert, was auf eine gewisse Resilienz schließen lässt. Forst-, Landwirtschaft und Fischerei machen nur einen Anteil von 6,2 % des BIP aus, was keine hohe makroökonomische Abhängigkeit von diesem krisenanfälligen Sektor (etwa bzgl. Dürren und andere Naturkatastrophen) bedeutet. Allerdings: fast 20 Prozent der Erwerbstätigen sind in der Landwirtschaft beschäftigt. Insbesondere im Osten und Südosten des Landes dient diese oftmals der Subsistenzsicherung. Der Exportsektor ist sehr diversifiziert, sodass kein Produktbereich oder Sektor als besonders wichtig gilt oder spezielle Abhängigkeiten bestehen. Die Dominanz einzelner Sektoren divergiert zwischen den Regionen, sodass sektorale Einbrüche tendenziell eher zu lokal begrenzten Problemen führen. Abhängigkeit besteht eher hinsichtlich Importe, insbesondere aus der EU.

Nach einer langen Wachstumsphase und einer steilen sozioökonomischen Entwicklung zu Beginn des Millenniums, hat die Türkei seit einigen Jahren mit einer Wirtschaftskrise (Leistungsbilanzdefizite, eine hohe Inflation und weitere Instabilitäten wie hohe Arbeitslosigkeit und Kreditausfälle) zu kämpfen. Diese wird unter anderem auf den Putschversuch im Jahr 2016 zurückgeführt, da in Reaktion hierauf die Direktinvestitionen sanken und die Tourismusbranche einbrach. In Folge eines umfassenden Konjunkturpakets konnte dem Trend entgegengewirkt werden. Teile dieses Programmes liefen jedoch kurz nach dem Verfassungsreferendum im April 2017 wieder aus. Strukturelle Defizite werden mangelhaft angegangen. So

wurde hauptsächlich auf Maßnahmen zur erhöhten Kreditvergabe, Steuersenkungen und gesteigerte Staatsausgaben gesetzt; die defizitäre Leistungsbilanz, die mittelmäßige Wettbewerbsfähigkeit, private Verschuldung, Arbeitslosigkeit sowie die hohe Importabhängigkeit der Türkei bleiben jedoch als Risikofaktoren bestehen. Zudem könnte sich die hohe Inflationsrate langfristig auf den innertürkischen Konsum auswirken, sodass die Nachhaltigkeit der Maßnahmen zweifelhaft ist. Die Kreditwürdigkeit der Türkei bleibt niedrig (sie wurde Ende 2023 auf „B“ hochgestuft). Die Covid-19 Pandemie konnte das Land aber mit positiven Wachstumsraten überstehen. Im April 2024 lag das BIP-Wachstum bei 3 %.

Soziale Entwicklung

Mit einem Human Development Index Wert von 0,855 gilt die Türkei als ein Land der HDI-Kategorie „sehr hohe menschliche Entwicklung“ und steht auch im regionalen Vergleich sehr gut dar. Lediglich das Nachbarland Griechenland liegt mit 0,893 höher. Zum Vergleich: Deutschland erreicht einen Wert von 0,950. Gelder der Öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit sind mit 0,05 % am Bruttonationaleinkommen vernachlässigbar klein und stellen keine Abhängigkeit für die Türkei dar – im Gegenteil, die Türkei tritt mittlerweile gar als Geberland in Erscheinung. Gemessen an den geringeren absoluten Armutsgrenzen (von 2,15 bzw. 3,65 PPP-Dollar am Tag) weist die Türkei aber große Erfolge auf. Hier liegen die Zahlen bei 0,4 % bzw. 2,2 % der Bevölkerung (2019) und stellen sich somit als unproblematisch dar. Die Arbeitslosenquote von 10 % (bzw. 19 % unter 15–24-Jährigen) ist allerdings sehr hoch.

Mütter- und Kindersterblichkeit liegen mit 17 pro 100.000 bzw. 9 pro 1.000 Lebendgeburten niedrig (weltweiter Durchschnitt: 223 bzw. 38) und auch weitere grundlegende Indikatoren der Sustainable Development Goals (Prävalenz von Hunger oder Unterernährung; Alphabetisierungsquote, Zugang zu Bildung, sauberem Trinkwasser, Sanitäranlagen und Elektrizität) zeigen sich unproblematisch. Im [SDG-Ranking](#) belegt die Türkei somit den 72. von 166 Ländern und liegt bei rund 50 % der Ziele auf einem guten Weg zur Zielerreichung. Insbesondere hinsichtlich Armut (Einkommen und Hunger) und Bildung konnten Erfolge erzielt werden. Dennoch bestehen weiterhin auch noch große Herausforderungen bei insgesamt acht der 17 Zielen bzw. entsprechenden Subindikatoren (unter anderem bei Geschlechtergerechtigkeit, Arbeiter:innenrechten, Einkommensgleichheit, CO₂-Emissionen, Überfischung und Biodiversität, Korruption, Pressefreiheit). Mit einem Gini-Index von 41,9 ist die Einkommensungleichheit bedenklich. Mit [3,6 Millionen Geflüchteten](#) und Asylbewerber:innen (die meisten hiervon aus Syrien) ist die Türkei zudem das Land mit den weltweit größten Flüchtlingsbevölkerung. Dennoch lag die Netto-Migration seit 2023 im negativen Bereich, nämlich mit einem Wert von -318.067.

Im Vergleich zu den Bildungs- und Gesundheitsausgaben – welche in den letzten zehn Jahren durchschnittlich bei 4,2 bzw. 4,3 % am BIP lagen, erscheinen die Militärausgaben von 2,0 % am BIP im gleichen Zeitraum nicht unangemessen hoch. Im [Global Militarisierungs Index](#) 2024 belegte die Türkei den 36. Platz und gilt somit als stark militarisiert. Angesichts der starken sozioökonomischen Entwicklung stellen sich die Militärausgaben zunächst nicht als problematisch dar. Entsprechend kann die Gefahr der Beeinträchtigung der Entwicklung durch unverhältnismäßige militärische Kapazitäten bzw. Ausgaben – auch entsprechend der [BICC-Datenbank](#) als „nicht kritisch“ bewertet werden. Sollte sich die wirtschaftliche Krise in der Türkei aber verschärfen und die Priorität des Militärs (bspw. im Hinblick auf immer wieder

aufflammende Spannungen mit Griechenland) zunehmen, so muss diese Entwicklung genau beobachtet werden.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

bicc – Bonn International Centre for Conflict Studies gGmbH
Pfarrer-Byns-Straße 1
53121 Bonn, Germany

www.bicc.de

KONTAKT

Head of Advice & Science Transfer
elvan.isikozlu@bicc.de
+49 (0) 228 911 96-54

REDAKTION	Marc von Boemcken
LAYOUT	bicc
GRAFIK	Nele Kerndt

ERSCHEINUNGSDATUM August 2025

Dieser *bicc common position brief* wurde erstellt im Rahmen des Projekts „Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte“. Das Projekt wird vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert.



Sofern nicht anders angegeben, ist dieses Werk lizenziert unter:
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

